



# Protokoll

der 37. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 20. November 2024, um 9:00 Uhr

**Vorsitz:** *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*  
**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*  
**Abwesende:** Jérôme Thiriet (GAB), Georg Mattmüller (SP).

## Verhandlungsgegenstände:

13.	Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für die Projektierung der Neugestaltung der St. Jakobs-Strasse im Zusammenhang mit der Arealentwicklung Wolf, Ausgabenbericht des RR.....	3
13.1.	Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Veloverbesserungsmassnahmen zur besseren Erschliessung des Güterbahnhofs Wolf, Ausgabenbericht des RR .....	6
14.	Petition P478 "Für einen sicheren Schulweg und direkten Spielplatzzugang im Lysbüchel-Süd", Bericht der PetKo .....	6
16.	Interpellation Nr. 37 Lukas Faesch betreffend das Aechzen über das Krächzen .....	9
17.	Interpellation Nr. 38 Daniela Stumpf-Rutschmann betreffend Kosten des S-Status für den Kanton .....	10
18.	Interpellation Nr. 63 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend IWB Gas abschalten 2037 koordinieren und möglich machen.....	10
19.	Interpellation Nr. 66 Thomas Widmer-Huber betreffend Verbesserung der Arbeitsintegration von ukrainischen Geflüchteten .....	11
20.	Interpellation Nr. 72 Bruno Lötscher-Steiger betreffend vollständige oder teilweise Rückerstattung der Gewinn-Überschüsse der IWB an die Kundinnen und Kunden .....	11
21.	Interpellation Nr. 82 Heidi Mück betreffend Inselstrasse 62-66: legitimiert der Kanton missbräuchliche Kündigungen?.....	11
22.	Interpellation Nr. 86 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Zahlen und Fakten zum Asylchaos .....	12
23.	Interpellation Nr. 45 Oliver Thommen betreffend wann klappt's mit der Schulkommunikation? .....	12
24.	Interpellation Nr. 57 Gabriel Nigon betreffend Lobbying für höhere Bundesbeiträge an die Universität Basel und die Fachhochschule Nordwestschweiz sowie für die Berufsbildung .....	13
25.	Interpellation Nr. 61 Harald Friedl betreffend Sportanlage Schorenmatte .....	13
26.	Interpellation Nr. 62 Laurin Hoppler betreffend Zukunft und Förderung von Jugendkultur in Basel .....	13
27.	Interpellation Nr. 70 Brigitte Gysin betreffend Französisch an den Gymnasien BS im Zusammenhang mit dem Projekt WEGM .....	14
28.	Interpellation Nr. 79 Alex Ebi betreffend stärkere finanzielle Unterstützung von Basler Sportvereinen mit Teams in den zwei obersten nationalen Ligen .....	15
29.	Interpellation Nr. 108 Oliver Bolliger betreffend der geplanten Zulassungsbeschränkung zur Matura-Prüfung an den Basler Gymnasien.....	15
30.	Interpellation Nr. 135 Alex Ebi betreffend dem weiteren Vorgehen bei der Doppelturnhalle Hirzbrunnen .	15
31.	Interpellation Nr. 33 Adrian Iselin betreffend zusätzliche Tramverbindung durch den Claragraben .....	16
32.	Interpellation Nr. 67 Ivo Balmer betreffend Eigentumsverhältnisse in Basel-Stadt.....	17
33.	Interpellation Nr. 71 René Brigger betreffend gesetzeswidrige Fristüberschreitungen des Bau- und Gastgewerbeinspektorates .....	17
34.	Interpellation Nr. 87 Sandra Bothe betreffend Verbesserung des Pausenplatzes Schulhaus Rittergasse im Kontext der Umgestaltung der Archäologischen Informationsstelle „Murus Gallicus“ .....	18
35.	Interpellation Nr. 89 Lorenz Amiet betreffend Hilferuf der Architekten wegen den Zuständen im Bauinspektorat.....	18
36.	Interpellation Nr. 94 Christian C. Moesch betreffend Ausbau der Elsässerbahn .....	19



37.	Interpellation Nr. 111 Christine Keller betreffend Erneuerung Geviert Wettsteinallee / Grenzacherstrasse	19
38.	Interpellation Nr. 114 Tonja Zürcher betreffend Volkswirtschaftlicher Schaden durch den Bau der Rheintunnel-Autobahn .....	20
39.	Interpellation Nr. 117 Michael Hug betreffend Aufwertung der Lokalstrassenebene auf der Dreirosenbrücke .....	21
40.	Interpellation Nr. 122 Fleur Weibel betreffend den Auswirkungen der 10-jährigen Rheintunnel-Baustelle auf die Dreirosen-Quartierbevölkerung .....	21
41.	Interpellation Nr. 125 Adrian Iselin betreffend falsche Prioritätensetzung des Bau- und Verkehrsdepartements bei baulichen Stadtklimaanpassungen .....	22
42.	Interpellation Nr. 130 Christine Keller betreffend Umgang mit einem vom Grossen Rat definitiv bewilligten Budgetpostulat (Hundefreilaufzone Merkuranlage) .....	23
43.	Interpellation Nr. 50 Felix Wehrli betreffend Entstehung einer grossen Container-Asylbewerberunterkunft im Stettenfeld auf DEU-Seite (Lörrach-Stetten), direkt an der Landesgrenze zu Riehen .....	24
44.	Interpellation Nr. 42 Eric Weber betreffend Vorfall bei der Basler Polizei .....	24
45.	Interpellation Nr. 48 Eric Weber betreffend Peinlichkeit bei der Basler Polizei .....	25
46.	Interpellation Nr. 52 Beat K. Schaller betreffend Gendersprache in Verwaltung und Schulen des Kantons Basel-Stadt .....	25
47.	Interpellation Nr. 53 Brigitte Kühne betreffend Quartiers-Abendmärkte .....	26
48.	Interpellation Nr. 58 Nicole Amacher betreffend Anpassung des betriebsrechtlichen Existenzminimums .....	26
49.	Interpellation Nr. 97 Eric Weber betreffend ständige Pannen im Basler Wahlbüro .....	27
50.	Interpellation Nr. 99 Heidi Mück betreffend Platz für Boule-Spiel und weitere unkommerzielle Aktivitäten auf dem Vorplatz vor dem K-Haus .....	27
51.	Interpellation Nr. 100 Patrizia Bernasconi betreffend gesetzwidrige und mietfeindliche Grundhaltung der Basler Regierung gegenüber einzelnen bundesrätlichen Mieterschutzmassnahmen .....	28
52.	Interpellation Nr. 109 Jo Vergeat betreffend nach Bscene Pause und Gässli Filmfestival aus – wo bleibt das Festivalkonzept? .....	29
53.	Interpellation Nr. 110 Fleur Weibel betreffend ESC in Basel - eine grosse Chance! .....	29
54.	Interpellation Nr. 116 Luca Urgese betreffend Wohnraumentwicklungsstrategie .....	30
55.	Interpellation Nr. 119 Eric Weber betreffend Verschwendung von Steuergeld .....	30
56.	Interpellation Nr. 126 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend ist die Basler Praxis bezüglich Wohnschutz kompatibel mit dem BGE betreffend Mietzinserhöhungen bei Renovationen? .....	31
57.	Interpellation Nr. 77 Melanie Nussbaumer betreffend mehr Ressourcen für Kinder und Jugendliche in einer Krise .....	31
58.	Interpellation Nr. 69 Eric Weber betreffend Steueramt im Stresstest .....	31
59.	Antrag Luca Urgese und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Ausweitung der Definition von Familienbetrieben .....	32
60.	Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative zur Reduktion von unnötigen Kurzstreckenflügen .....	32
61.	Motion 1 Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen .....	35



## Beginn der 37. Sitzung

Mittwoch, 20. November 2024, 09:00 Uhr

### 13. Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für die Projektierung der Neugestaltung der St. Jakobs-Strasse im Zusammenhang mit der Arealentwicklung Wolf, Ausgabenbericht des RR

[20.11.24 09:00:27, 24.0846.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich begrüsse Sie herzlich zu unserem heutigen Sitzungstag und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Kaffeespense: Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir auch heute eine Jubilarin haben, die uns den Kaffee am Morgen spendiert. Ich gratuliere Barbara-Heer ganz herzlich im Namen des Grossen Rates zu ihrem Geburtstag und bedanke mich für die grosszügige Geste.

Weiter habe ich noch einen Veranstaltungshinweis: Sie alle wurden heute Abend eingeladen ins Historische Museum und die Präsidentin der Kommission des HMB Patricia von Falkenstein hat mich gebeten, nochmals darauf hinzuweisen, dass auch spontane Teilnahmen ohne Anmeldungen willkommen sind.

Wir kommen damit zu Traktandum 13. Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Bevor ich das Wort dem Präsidenten der UVEK übergebe, bitte ich Sie nochmals hier drin keine persönlichen Gespräche zu führen.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Die UVEK beschliesst dies mit 12 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung. Sie schliesst sich überdies dem Regierungsrat betreffend Anzug Thiriet an und plädiert für Stehenlassen.

Wir möchten uns beim Bau- und Verkehrsdepartement bedanken, der Delegation aus dem Amt für Mobilität für die gute Begleitung. Wir haben dieses Geschäft am 18. September und am 23. Oktober beraten. Die Vorstudie liegt nun vor.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich bitte um Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Der Grund dahinter ist der anstehende Handlungsbedarf. Auf dem Areal Wolf soll sich ja ein neuer Teil unserer Stadt entwickeln. Es ist darum zentral, dass von Anfang an eine gute Erschliessung, insbesondere was den ÖV und den Fuss- und Veloverkehr betrifft, mitgedacht wird. Beim ÖV soll in Zukunft die Buslinie 42 auf der St. Jakobs-Strasse verkehren und in Sachen Fuss- und Veloverkehr kann man ja dem Anzug Thiriet schon entnehmen, dass heute gewisses Optimierungspotenzial da ist.

Weiter ist auch die Klimaschutzstrategie Basis dieser Vorstudie, die Mobilitätsstrategie und das Stadtklimakonzept. Die Vorstudie kommt zum Schluss, dass der Raum dort heute kein stadtverträglicher Strassenraum ist. Inhaltlich geht es um Aspekte wie Sicherheit, Lückenschluss von Netzen, um die Zuverlässigkeit des Verkehrsbetriebs, um die Attraktivität des Raumes, um Entsiegelung und um den Verkehrsfluss. Der Perimeter reicht auf der St. Jakobs-Strasse von und inklusive Knoten mit der Zeughausstrasse bis zur Grosspeter-Anlage.

Die Vorstudie verfolgt folgende Stossrichtungen: Es wird eine Bushaltestelle brauchen und die soll so platziert werden, dass sie gut zugänglich ist und die Umgebung, insbesondere das Areal, gut erschliesst. Es braucht zum Teil eine Busspur und an gewissen Orten eine Buspriorisierung. Es wird möglich sein, in der Unterführung eine MIV-Spur zu reduzieren. Der Verkehrsfluss wurde auch mit dieser Änderung nachgewiesen. Entlang des Areals Wolf ist ein Fuss- und Veloweg vorgesehen, sodass in beiden Richtungen das Velo verkehren kann. Es sind verschiedene Optimierungen und Verbesserungen in Sachen Sicherheit bei den Knoten vorgesehen und es soll einen neuen Fuss- und Velosteig in Richtung Bahnhof SBB geben. Zudem sollen durchgängige Baumreihen entlang beider Strassenseiten realisierbar werden. Die Umsetzung all dieser Massnahmen sind schon jetzt koordiniert mit der Entwicklung des Areals Wolf vorgesehen, mit einer Inbetriebnahme erst nach 9 Jahren, so Stand heute.



In der Diskussion der UVEK haben wir uns auf folgende vier Aspekte fokussiert: Wir haben zum einen die Schnittstellen in Sachen Fuss- und Veloverkehr mit dem Perimeter Rand angeschaut und für gut befunden. Wir haben auch festgestellt, dass die Möglichkeiten für den Fuss- und Veloverkehr innerhalb des Perimeters gegenüber heute eine deutliche Verbesserung bedeuten und auch, dass die Sicherheit markant gesteigert werden kann.

Wir haben uns Gedanken gemacht zur Abstimmung mit weiteren Planungen, zum Beispiel zur damaligen Idee eines Fernbusterminals oder der Verlegung der City-Logistik weiter stadtauswärts. Die Antworten, die wir dazu erhalten haben, haben die UVEK überzeugt.

Der dritte Punkt ist der ASTRA-Perimeter. Praktisch das ganze Projekt liegt im Perimeter, der in der Hoheit des Bundesamts für Strassen liegt, in dem Sinne, dass das ASTRA mitsprechen darf, wie zum Beispiel Ampelsteuerungen sind oder wie die Kapazität auszusehen hat. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass das ASTRA mit dem Vorliegen mit der vorliegenden Vorstudie einverstanden ist und dass sich aufgrund dieser Konstellation das ASTRA auch an den Kosten oder zumindest an gewissen Kosten beteiligen wird. Und was schon auch deutlich erkennbar war, ist, dass das ASTRA neu nun eben auch an das nationale Veloweggesetz gebunden ist und sich diesem verpflichtet fühlt, wenn man eben sieht, wie auch von Anfang an an den Veloverkehr gedacht wird und Optimierungen gesucht werden.

Dann noch der letzte Punkt, zu den Rettungsfahrzeugen. Wir haben dort auch nachgefragt und haben die Antwort erhalten, dass diese im Falle, wenn es eben zeitweise doch zu Autokolonnen kommen sollte, dort gut passieren können, weil von Anfang an auch ein Blaulichtkorridor mitgedacht wird. Der entsprechende Ratschlag ist ja vor kurzem auf Antrag der JSSK hier im Grossen Rat verabschiedet worden, also dass Blaulichtorganisationen die Steuerung der Lichtsignalanlagen beeinflussen können, so dass sie einen Weg über diesen Querschnitt gut finden können.

Alles in allem unterstützt die UVEK den eingeschlagenen Weg. Konkret für das Protokoll, es geht um die Variante B der in der Vorstudie angeschauten Varianten und was man auch schon sagen kann, es wird dann in ein paar Jahren ein entsprechendes Vorprojekt wieder in den Grossen Rat kommen, das dann die Stossrichtungen konkretisieren wird und dann wird der Grosse Rat wieder Gelegenheit haben, über dieses Thema zu befinden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Wort geht für den Regierungsrat an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Sie kennen den Perimeter sicher. Heute ist das ein reiner Verkehrsraum. Ich glaube, wir müssen realistisch sein, nachher wird es auch ein Verkehrsraum sein, es wird also keine Paradiesecke werden, aber es wird deutlich besser, mit den Baumalleen, mit den verbesserten Velowegen und ebendieser Sicherheit auch für Fussgänger.

Deshalb würde Sie der Regierungsrat bitten, diesem Ratschlag zuzustimmen und das Geld zu holen und vielen Dank an die Kommission für die Beratung und die Zustimmung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Für die SVP hat sich Pascal Messerli gemeldet.

*Pascal Messerli (SVP):* Die SVP-Fraktion wird diesen Ratschlag ablehnen. Die Stossrichtung bezüglich Erschliessung des Wolfsareals und des öffentlichen Verkehr die stimmt zwar, deshalb weisen wir hier nicht zurück, das würde die ganze Situation wahrscheinlich nur verschlimmbessern, aber wir können nicht einem Projekt zustimmen, mit dem einmal mehr der motorisierte Individualverkehr zu kurz kommt. Es ist auch in diesem Ratschlag so, dass eine Reduktion einer Spur stattfindet, gerade unterirdisch in der St. Jakobs-Strasse dort, wo es eigentlich gar nicht nötig ist und dort, wo der motorisierte Individualverkehr eigentlich auch überhaupt nicht stört. Das zeigt aus Sicht der SVP-Fraktion einmal mehr, dass man hier einfach nur eine einseitige Verkehrspolitik zu Lasten der Autofahrerinnen und Autofahrer vorantreibt, und bei dieser einseitigen Verkehrspolitik macht die SVP-Fraktion selbstverständlich nicht mit.

Wir teilen auch nicht das Märchen dieser Idee, dass wir weniger Verkehr haben in den nächsten 10 bis 20 Jahren. Alle wollen eine 10 Millionen Schweiz, die aktuellen Strassen sind eigentlich konzipiert für eine 7 Millionen Schweiz. Wir werden am Sonntag das Ergebnis sehen, ob wir den Rheintunnel erhalten oder nicht, der ist konzipiert für eine 9 Millionen Schweiz und dort ist der Widerstand riesig. Dementsprechend denken wir auch nicht, dass es diese Spur in der Zukunft nicht benötigen wird. Gerade in Stosszeiten ist in diesem ganzen Bereich sehr viel Stau und sehr viel Verkehr unterwegs. Es kommen halt auch nicht alle mit dem Kistenvelo in die Schweiz. Auch das ist ein Märchen, das man hier immer mal widerlegen muss und dementsprechend macht einfach diese Spurreduktion in diesem Bereich keinen Sinn.

Und erlauben Sie mir noch vielleicht eine Bemerkung zum zweiten Wahlgang: Es ist jetzt der X-te Ratschlag, der aus dem Departement Keller kommt, der hier gegen den motorisierten Individualverkehr gerichtet ist, und das ist eigentlich ein Grund dafür, weshalb wir bereits eine rotgrüne Regierung haben und dementsprechend hat die SVP auch keine Wahlempfehlung ausgegeben.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für das GAB spricht Raffaela Hanauer.

*Raffaela Hanauer (GAB):* Auf das Votum meines Vorredners möchte ich nicht eingehen. Ich möchte noch zwei Punkte fürs Protokoll mitgeben für das konkrete Bauprojekt zu diesem Geschäft und nicht zu den Wahlen. Ich möchte mich bedanken, dass die Beratung in der UVEK so toll war, dass auch das vorliegende Projekte in der Vorstudie wirklich sehr vorbildlich ausgeführt wurde.

Einerseits ist uns für das schlussendliche Projekt wichtig, dass es zwischen Zeughausstrasse und Areal City-Gate schlussendlich dann eine Protected Bike Lane geben wird. Dort wird es auch in Zukunft immer noch viel Verkehr haben und der Veloverkehr wird dort diese Strecke oft benutzen. Daher wäre es sinnvoll, mit baulichen Massnahmen auch dort und nicht nur dort, wo es vor den Bäumen oder hinter den Bäumen Platz hat, sondern wirklich überall trennen zu können.

Und als zweiter Punkt mitgeben möchten wir gerne, dass darauf geachtet werden soll, dass die zukünftigen beiden Passerellen, die vom Dreispitz über den Wolf und die andere ins Gellert, wirklich gut verbunden werden in Zukunft und dass das Bauprojekt diese beiden Verbindungen berücksichtigt. Natürlich werden wir entsprechend überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird angenommen.

*Daniel Seiler (FDP):* Es handelt sich ja da doch um eine wichtige Hauptverkehrsachse. Wie soll das funktionieren, wenn Sie jetzt diese kappen und dann meinen, dass wir nachher nicht mehr Rückstau haben?

*Raffaela Hanauer (GAB):* Die Vorstudie kappt den Verkehr dort nicht. Es wird weiterhin möglich sein, dort mit dem Auto durchzufahren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* In der zweiten Runde geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Vielleicht nur ganz ganz kurz: Also von Kappen des Verkehrs in diesem Perimeter kann keine Rede sein, im Gegensatz, es ist auch eine Rettungsachse. Es ist absolut wichtig, dass der Güterverkehr, aber auch der sonstige Verkehr dort weiterhin gut durchkommt. Wir sehen aber auch anhand der Verkehrsindizes, dass der Veloverkehr deutlich zunimmt. Und tatsächlich hat sich in den vergangenen Jahren etwas geändert und die Veränderung nennt sich E-Bikes. Viele Leute, die früher mit dem Auto gependelt sind, nehmen heute das E-Bike und das bedingt neue und bessere und breitere Velowege, damit diese Entwicklung, die Zunahme dieser Velofahrten weiter zunimmt. Das waren 20 Prozent Zunahme in den vergangenen Jahren. Ich glaube, dass da wirklich eine starke Verlagerung vom Auto stattgefunden hat. Auch das sehen wir in den Verkehrsindizes. Aber natürlich Logistik MIV ist nach wie vor möglich, das haben wir auch gerechnet. Wir werden das im Vorprojekt alles noch genauer ausführen und deshalb wären wir sehr dankbar für ihre Zustimmung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit hat der Kommissionspräsident Rahpael Fuhrer noch einmal das Wort.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Auf die Befürchtung der SVP, der MIV komme einmal mehr zu kurz und der Spurabbau sei nicht verantwortbar beziehungsweise der MIV würde ja nicht stören, möchte ich Folgendes sagen. Das haben wir natürlich in der UVEK besprochen, der Spurabbau bei der MIV-Unterführung eröffnet den Spielraum, dass eben zusätzliche Massnahmen gegenüber heute umgesetzt werden können. Würde man diesen Spurabbau nicht machen, hätte man zu wenig Platz und es würde zu einer Rodung von Wald kommen oder man müsste private Parzellen in Anspruch nehmen, also was auf eine Enteignung oder zumindest eine Dienstbarkeit hinauslaufen würde.

Und angesichts der Tatsache, dass das doch beides recht einschränkende Stossrichtungen wären, ist ein Spurabbau eben das Vernünftige in diesem Fall und eben auch das Machbare. Das hat die Simulation gezeigt. Das auch im Hinblick auf die Zwischenfrage von Daniel Seiler. Wir sind ja im ASTRA Perimeter. Das ASTRA unterstützt die Vorstudie, und ich glaube ein Bundesamt für Strassen, das Interesse hat, den Verkehr von der Autobahn in die Stadt zu leiten, würde dem nicht zustimmen können, wenn dort von einer Kappung oder von einer künstlichen Verengung oder eine Lösung zu lasten des MIV vorgeschlagen würde.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eintreten wurde nicht bestritten,. Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung und Schlussabstimmung.

### Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### Ergebnis der Abstimmung

**79 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0004939, 20.11.24 09:17:17]

### Der Grosse Rat beschliesst

Für das Vorprojekt Areal Wolf werden zur Anpassung St. Jakobs-Strasse und Behebung Netzlücken Veloverkehr, einmalige Ausgaben von Fr. 350'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich IB1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur» bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 79 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die UVEK und der Regierungsrat beantragen, den Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten stehenzulassen.

## 13.1. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Veloverbesserungsmassnahmen zur besseren Erschliessung des Güterbahnhofs Wolf, Ausgabenbericht des RR

[20.11.24 09:17:29, 21.5098.03]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:*

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug stehen zu lassen.

## 14. Petition P478 "Für einen sicheren Schulweg und direkten Spielplatzzugang im Lysbüchel-Süd", Bericht der PetKo

[20.11.24 09:17:52, 24.5325.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen. Das Wort geht an den Präsidenten der Petko Christian Moesch.

*Christian C. Moesch (FDP):* Zur Petition P478 berichte ich Ihnen wie folgt:



Zum Anliegen der Petition: Die Petentschaft hat in ihrem Anliegen die erheblichen Belastungen hervor, die für das Quartier Lysbüchel und insbesondere die Kinder auf ihrem Schulweg durch die umfangreichen Bauaktivitäten der Arealentwicklung Volta Nord entstehen. Aufgrund der zahlreichen Baustellen und des damit verbundenen Verkehrs sei die Sicherheit auf den Schulwegen stark gefährdet. Besonders die Kinder, die das Primarschulhaus Lysbüchel besuchen, seien täglich diesen Gefahren ausgesetzt. So führt der Baustellenverkehr zu einer erhöhten Belastung der stark befahrenen Elsässerstrasse, auf der weiterhin eine Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h gilt, was das Überqueren der Strasse für Kinder besonders riskant macht. Diese Situation hat sich durch den Baufortschritt weiter verschärft, da viele Wege blockiert oder nur schwer zugänglich sind.

Die Petition betont zudem, dass den Kindern und den Anwohnenden des Quartiers ausreichend Spielflächen fehlen. Zwar sind mit dem Lysbüchelplatz und dem Saint Louis-Park zwei grössere Grünflächen geplant. Jedoch werden diese voraussichtlich erst ab 2027 zur Verfügung stehen. Bis dahin gibt es keine gesicherten und direkt zugänglichen Freiflächen in der unmittelbaren Umgebung. Auch der Pausenplatz des Schulhauses steht ausserhalb der Schulzeiten nicht zur Verfügung, wodurch die einzige nutzbare Fläche die Voltamatte bleibt. Diese befindet sich allerdings jenseits der Elsässerstrasse und ist für Kinder ohne erwachsene Begleitung kaum sicher zu erreichen. Dieser Mangel an Spielflächen und Freiflächen führt im Quartier zu einem Dichtestress, da die wenigen nutzbaren Bereiche übermässig beansprucht werden.

Ein besonders kritischer Punkt ist für die Petentschaft die Verkehrssicherheit entlang des Schulwegs. Vor allem die Elsässerstrasse, die Teil der Route vieler Schulkinder ist, stellt mit ihrer aktuellen Verkehrsführung und dem hohen Tempo eine potenzielle Gefahr dar. Schon vor Beginn der Bauarbeiten sei es in diesem Bereich häufig zu Unfällen gekommen, insbesondere unter Beteiligung von Fussgängern und Radfahrern. Die Petentschaft sieht in der Senkung der Höchstgeschwindigkeit und in der Installation weiterer Fussgängerübergänge eine mögliche Verbesserung. Die Relevanz dieser Forderungen haben einen Unfall an der Kreuzung Elsässer- und Hünigerstrasse kurz vor den Sommerferien 2024 leider auf tragische Weise bestätigt.

Neben den Anliegen zur Sicherheit und Nutzung von Freiflächen äussert die Petentschaft auch die Hoffnung, dass die Erfahrung und Herausforderung des Quartiers Lysbüchel in die Planung und Entwicklung zukünftiger urbaner Transformationsprojekte einfließen.

Zur Stellungnahme der Vertretung seitens BVD, JSD und ED: Die Vertreter des Tiefbauamts, der Kantonspolizei und des Erziehungsdepartements äusserten sich zu den Forderungen der Petentschaft und bestätigten die Priorität der Schulwegsicherheit im Quartier Volta Nord angesichts der intensiven Bauaktivitäten. Der Vertreter des Tiefbauamtes erklärte, dass Gespräche mit der Petentschaft bereits zu Massnahmen geführt haben. Eine vollständige Umleitung des Baustellenverkehrs auf die Lysbüchel-Strasse ist jedoch topografisch nicht machbar. Viel Bauverkehr werde zwar über wenig frequentierte Strassen geleitet, doch bleibt eine Belastung des Quartiers durch Bauverkehr bestehen. Die Errichtung einer temporären Passarelle über die Weinlagerstrasse soll den Schulweg sicherer machen, während für künftige Bauphasen noch Lösungen erarbeitet werden.

Die Kantonspolizei betonte anlässlich des Hearings die hohe Bedeutung der Schulwegsicherheit und hat nach dem Unfall an der Elsässerstrasse/Hünigerstrasse Massnahmen umgesetzt, um Gefahren durch Ampelschaltungen und Markierungen zu verringern. Stadtweit werden nun Kreuzungen auf Schulwegen überprüft, um die Sicherheit von Kindern weiter zu erhöhen. Verkehrsunterricht soll zudem das Bewusstsein der Schüler für die sicheren Wege stärken.

Die Vertreterin des Erziehungsdepartements räumt ein, dass die Kommunikation mit Anwohnern bislang unzureichend war und kündigte häufigere Informationen über Baufortschritte an. Die Nutzung des Pausenplatzes auf dem Dach des Schulhauses ausserhalb der Schulzeiten sei aktuell aus baulichen Gründen nicht möglich, was bei künftigen Schulbauprojekten besser berücksichtigt werden soll. Das Departement möchte die Einbindung des Schulhauses ins Quartiers langfristig fördern und die Sicherheit auf Schulwegen über die Bauphase hinaus garantieren.

Zu den Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission ist sich bewusst, dass Arealentwicklungsprojekte wie jenes in Volta Nord komplex und mit Herausforderungen auf verschiedenen Ebenen verbunden sind. Eine der Forderungen der Petition betrifft die Schulwegsicherheit. Dabei handelt es sich um kein neues Thema, hat der Grosse Rat dem Regierungsrat doch schon im Jahr 2017 die Motion Aneas, Wanner und Konsorten betreffend Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzung und Tempo 30 im Bereich von Schulhäusern und Kindergärten und im Jahr 2018 die Motion von meiner Wenigkeit und Konsorten betreffend Sicherheit für Kindergartenkinder und Verkehrssignalisation, Markierung auf öffentlichen Strassen im Umkreis von Kindergärten überwiesen.

In seinem bisher letzten Bericht zu den beiden Motionen vom Januar 2023 hat der Regierungsrat die Verbesserung der Verkehrssicherheit bei Schulen und Kindergärten als betriebliche Daueraufgabe zur Optimierung der Schulwegsicherheit des departementübergreifenden Koordinationsgremiums Schulwegsicherheit bezeichnet. Er verwies weiter auf eine durchgeführte umfassende Schwachstellenanalyse und legt dar, welche kleineren Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Umgebung von Schulhäusern und Kindergärten bereits umgesetzt wurden und welche



weitergeplant sind. Zur Erfüllung der beiden Motionen beantragte er eine Fristerstreckung um weitere zwei Jahre. Diesem Antrag hat der Grosse Rat dann stillschweigend zugestimmt.

Die Petitionskommission ist der Meinung, dass die Schulwegsicherheit auch in der Planung von neuen Schulhäusern ein wichtiger Aspekt sein müsste. Würden sie von Anfang an mitgeplant, müssten nicht im Nachhinein notfallmässig Sofortmassnahmen ergriffen werden. Zum Standort des Schulhauses Lysbüchel gab es auch vor diesem Hintergrund Warnende Stimmen. Auch wenn es schwierig ist, in der Stadt geeignete Standorte für neue Schulhäuser zu finden, müsste auch deren Umfeld in die Evaluation miteinbezogen werden und die Schulwegsicherheit von Anfang an gewährleistet sein.

Die Petitionskommission erwartet und fordert, dass in künftigen Ratschlägen zu Schulhausbauten in einem separaten Kapitel auf die Schulwegsicherheit eingegangen wird und die Schulwege zu einem integralen Bestandteil der Schulhausplanung werden. Darüber hinaus bietet die Petitionskommission dem Regierungsrat aufgrund der Dringlichkeit der in der Petition geäusserten Anliegen um Beantwortung von diversen offenen Fragen.

Zum Antrag: Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat einstimmig, die Petition für einen sicheren Schulweg und direkten Spielplatzzugang im Lysbüchel Süd Basel an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* SIs Sprecherin für das GAB hat sich Tonja Zürcher gemeldet.

*Tonja Zürcher (GAB):* Ich darf auch gleich für die SP sprechen.

In der Petitionskommission kam immer mal wieder der Gedanke auf, dass zuerst etwas passieren muss, bis etwas passiert, und leider wurde das bis jetzt auch nicht wirklich entkräftet. Es sind nach dem tragischen Unfall doch inzwischen einige Sachen passiert. Es ist plötzlich schnell gegangen. Die Aufhebung des Konfliktgrunds an der Kreuzung ist eine Sache, aber auch die Passerelle, die inzwischen eingerichtet wurde, ist eine wichtige Verbesserung für die Schulwegsicherheit im Bereich des Lysbüchels. Es fragt sich aber, warum hat man das nicht vorher gemacht?

Und auch jetzt anschliessend an das was der Präsident der Petitionskommission gesagt hat: Warum plant man nicht, bevor solche Riesenbaustellen da sind, wie die Schulwegsicherheit oder generell die Verkehrssicherheit im Umfeld umgesetzt werden kann. Ich denke, es ist nicht nur bei neuen Schulhäusern das Problem, sondern generell bei Grossbaustellen im Umfeld von Schulhäusern. Ich denke hier auch beispielsweise an die je nach Ausgang des Abstimmungssonntag anstehende Riesenbaustelle im Bereich der Dreirosenmatte im direkten Umfeld von Schulhäusern. Auch da ist das bis jetzt überhaupt kein Thema, wie da die Verkehrssicherheit angegangen werden soll.

Es wurde gesagt, es werde geprüft, wie mit dem Konfliktgrün auch bei anderen Kreuzungen umgegangen werden soll. Ich denke, es ist sehr wichtig, dass man das überprüft. Ich hoffe aber, dass das nicht Ewigkeiten geht, wie der Umgang mit den Motionen, die der Kommissionspräsident aufgeführt hat. Ich kenne diverse Kreuzungen, sehr stark befahrene Kreuzungen, auch schnell befahrene Kreuzungen, wo es noch Konfliktgrün gibt, die direkt im Umfeld von Schulhäusern liegen. Da wurde bis jetzt nichts angepasst und ich hoffe wirklich, dass da auch nicht erst etwas passiert, wenn etwas passiert ist.

Dasselbe gilt für Tempo 30 auf der Elsässerstrasse. Es ist klar, dass diese Prüfung jetzt angestossen wurde, weil sie auf allen Strassen angestossen wurde. Wir stellen aber auch hier die Frage: Kann man das etwas beschleunigt angehen oder müssen wir auch hier noch Jahre warten, bis diese Prüfung abgeschlossen wird und dann vielleicht nochmals mehrere Jahre, bis man es tatsächlich umsetzt?

Und dann noch eine ganz generelle Frage: Wie wird mit Meldungen von Eltern oder Lehrpersonen umgegangen, wenn sie sagen, dass ein Schulweg oder ein Umfeld eines Schulhauses nicht sicher ist? Wir wissen von verschiedenen Eltern, dass sie das Gefühl haben, dass ihre Anmerkungen nicht ernstgenommen werden oder dass man zwar etwas prüft, etwas macht, sich aber die Situation nicht wirklich verbessert. Ich denke, hier müsste man wirklich diese Rückmeldungen nicht nur vordergründig ernst nehmen, nicht nur etwas prüfen, sondern wirklich so weit arbeiten, bis die Situation sich verbessert. Es kann nicht sein, dass man einfach nur mal eine Verkehrskontrolle macht, und wenn man dann keinen Effekt bemerkt, es dann bleiben lässt. Es braucht längerfristige Massnahmen.

Also, ich bin sehr froh, dass wir hier diese Petition vorliegen haben und warte gespannt auf die Antworten der Regierung und nicht nur auf die Antworten, es geht hier wirklich nicht nur um Worte, sondern um Taten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, der Präsident der Petko verzichtet auf eine zweite Wortmeldung.

**Der Grosse Rat beschliesst**



stillschweigend, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen

## 16. Interpellation Nr. 37 Lukas Faesch betreffend das Aechzen über das Krächzen

[20.11.24 09:29:47, 24.5127.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der schriftlichen Antwort des Regierungsrats zufrieden ist.

*Lukas Faesch (LDP):* Liebe Krähen, vorweg, ich habe nichts gegen euch, ihr seid höchst interessante, gescheite und schöne Tiere. Es geht aber darum, das Zusammenleben im engen urbanen Umfeld zu gestalten und unter einer massiven Überpopulation der Krähen leiden Mensch und Tier gleichermaßen.

Nichts tun reicht da nicht. Und das schiesst der Leiter der Stadtgärtnerei sprich wörtlich den Vogel ab. Noch bevor die Regierung meinen Vorstoss behandelt hat, will diese Amtsstelle in einem Interview im Regionaljournal das Problem auf die betroffene Bevölkerung abwälzen, indem den Anwohnern belehrende völlig realitätsfremde Ratschläge von oben herab erteilt werden. Die Stadtgärtnerei fordert nämlich die Bevölkerung auf, doch tatsächlich in die Bebbisäcke nur noch Abfälle rein zu tun, welche die Krähen nicht mögen und auch nicht essen. Alles andere könne man ja kompostieren.

Man könnte fast meinen, die Krähen bezahlen die Löhne dieser staatlichen Ratgeber. Zu diesem Bild passt, dass der Informationsflyer der Stadtgärtnerei betreffend Saatkrähen aus im Jahr 2014, also von vor 10 Jahren stammt. Vor 10 Jahren kündigte die Stadtgärtnerei darin an, es werde weiterhin nach Lösungen zum Problem gesucht. Seit 2014 wurde aber abgesehen vom Rückschnitt der Bäume, der teilweise nur alle zwei Jahre vorgenommen wird, nichts unternommen.

Alle Betroffenen berichten von einer massiven Zunahme der Population, doch über die Bestände gibt es keinerlei Statistik in unserem sonst so Zahlen verliebten Staat. Dass diese Problematik aus falsch verstandener Tierliebe verniedlicht bis verneint wird, zeigen die vielen erschreckenden Meldungen, die ich von Betroffenen erhalten habe. Ich rate dem Chef der Stadtgärtnerei, einmal auf einer Tour mit dem Mistkübelwagen mitzufahren und dann vielleicht auf der Route Spalenring/Steinenring mitzufahren und am Schluss als Höhepunkt dann noch in der Eulerstrasse vorbeizufahren. Da ist jeden Montag Donnerstag Morgen kaltes Buffet angerichtet für die Krähen, die mit ihren Schnäbeln alle Säcke aufhacken, was dann wirklich zu einer Riesenschweinerei führt und zu massiver Mehrarbeit führt. Und ich bedaure diese Mitarbeiter der Müllabfuhr, die dann diese Sauerei wegräumen müssen.

Im Erlenmatt werden jeden Morgen um 4 Uhr 400 bis 600 Haushalte geweckt durch das Gekrächze der Krähen. In der Erlenmatt müssen heute ganze Wohnblöcke mit Netzen überzogen werden zum Schutz gegen diese Krähen. Also wenn man da sagt, man solle doch einfach bitte keine Abfälle mehr raus tun, die die Krähen mögen, dann weiss ich nicht, wer das Problem nicht erkannt hat.

Eine Familie, die am Spalenring in der Nähe der Heinrichsgasse wohnt, hat mir geschrieben, der Nistbaum der Krähen sei in Armdistanz zu ihrer Terrasse, die wegen dem Lärm, Dreck und Gestank überhaupt nicht mehr benutzbar sei. Die Fenster müssen auch im Sommer ständig geschlossen gehalten werden, um das Eindringen dieser Vögel in die Wohnung und vor allem in die Küchen zu verhindern.

Eine andere Familie wohnt bei der Puntrutermaße und leidet massiv unter dem Lärm, Dreck und Gestank der übermässigen Krähenpopulation. Diese Familie wendet sich jedes Jahr Hilfe suchend an die zuständigen Behörden und wird stets mit den gleichen Floskeln abgespiesen. Es seien keinerlei staatliche Bemühungen feststellbar, die Situation zu verbessern, erklärt mir diese Familie.

Ein älteres Ehepaar hat mir geschrieben. Es wohnt seit 50 Jahren in der Nähe des Bundesplatzes direkt vis-à-vis einer grossen Plantane mit zurzeit über 20 Nestern. Verzweifelt beobachten diese Anwohner, wie die Anzahl der Nester jedes Jahr zunimmt. Weiter hat das Ehepaar festgestellt, dass dort, wo die Platanen im Herbst 2023 zurückgeschnitten wurden, und an der Arnold Böcklin-Strasse am Spalenring auch, aber am Viadukt bis Weiherweg eben nicht. kein einziges Krähennest zu sehen ist. Dort, wo die Bäume nicht zurückgeschnitten wurden, sei ein intensiver Nestbau im Gange. Und diese Anwohner kommen zum Fazit, dass wenn alle Platanen rund um die Schützenmatte regelmässig zurückgeschnitten würden, das Problem grösstenteils gelöst wäre.

Also, liebe Regierung, nehmen Sie die Alltagssorgen der Bewohner ernst und tun Sie etwas. Das Augenmerk muss auf dem regelmässigen Zurückschneiden der Bäume und auf der zeitnahen Reinigung der Haushaltsabfälle und der verdreckten Strassenzüge liegen. Es gibt eine einfache, pragmatische Lösung. Die Bebbisäcke können in reissfesten Gartenabfallbehältern oder Blechkübeln, wie früher die Ochsner Mistkübel, bereitgestellt werden und die Müllabfuhr



verpflichtet sich, diese gesicherten Bebbisäcke aufzunehmen. Das ist dann ein kleiner Mehraufwand für die Müllabfuhr, aber eine grosse Wirkung gegen die Verdreckung unserer Stadt.

Das Ächzen und übermässige Krächzen geht weiter und ich bin absolut nicht zufrieden mit der regierungsrätlichen Beantwortungen meiner Interpellation.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **17. Interpellation Nr. 38 Daniela Stumpf-Rutschmann betreffend Kosten des S-Status für den Kanton**

[20.11.24 09:35:24, 24.5128.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Auch hier ist die Antwort schriftlich eingegangen. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit, ihr Statement abzugeben.

*Daniela Stumpf Rutschmann (SVP):* Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen. Ich kann es kurz machen, ich bin mit den Antworten zufrieden.

Die Kosten für den Kanton, das zeigen diese Zahlen, sind aber doch sehr erheblich. Nach Abzug der finanziellen Abgeltung durch den Bund durch die sogenannte Bundespauschale und der ebenfalls vom Bund finanzierten Integrationspauschale verbleiben die Kosten von über 6,5 Millionen Franken für den basel-städtischen Steuerzahler. Das ist fast eine Verdreifachung der Kosten von 2022 auf 2023.

Es wird deshalb Zeit, dass man sich auf Bundesebene schleunigst Gedanken zum Schutzstatus S macht. Die Forderung der SVP in diesem Zusammenhang auf nationaler Ebene ist sehr eindeutig und diese Forderung ist auch richtig. Angesichts ansteigender Gefahren von Defiziten im Kantonshaushalt braucht es deshalb sehr regelmässige Überprüfungen der Aufrechterhaltung des Schutzstatus S und allenfalls auch Einschränkungen. Durch das Asylchaos, welches nicht im Zusammenhang mit diesen Schutzsuchenden aus der Ukraine steht, sind die Kosten ohnehin schon sehr hoch. Wir müssen deshalb auf allen Ebenen schauen, dass die Kosten sinken.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **18. Interpellation Nr. 63 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend IWB Gas abschalten 2037 koordinieren und möglich machen**

[20.11.24 09:37:04, 24.5195.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Auch hier ist die Antwort der Regierung schriftlich eingegangen. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Niggi Daniel Rechsteiner (GLP):* Ich möchte der Regierung und der Verwaltung für die Beantwortung der Interpellation danken und kurz auf die Beantwortung eingehend.

Die Antworten sind grundsätzlich plausibel und nachvollziehbar. Über das Vorgehen zur Stilllegung des Gasnetzes ab 2028 – rund 1000 Anschlüsse sollen jährlich vom Netz genommen werden – wurde informiert. Die Kundinnen und Kunden sollen früh über die Stilllegung informiert werden, mindestens 3 bis 4 Jahre vor dem Zeitpunkt der Stilllegung. Es gebe keine geheime Liste, wie vermutet wurde und wie das die Medien geschrieben haben, aber es bestünde eine Planung über das gesamte Projekt.



Wo genau liegt jetzt da der Unterschied zwischen einer Planung und einer Liste? Und es ist als Kunde nur schwer schwer verständlich, weshalb die IWB nicht transparent über diese Planung orientieren kann. Sie könnte ja auch darauf hinweisen, dass sich die Terminierung der Projektschritte verändern beziehungsweise verzögern kann. Da hat man ja auch Verständnis dafür.

Allenfalls ist es den verantwortlichen Personen, die mit der Planung beschäftigt sind, nicht bewusst, was die Eigentümer:innen von Liegenschaften beschäftigt, wenn es darum geht, eine Investition zur Systemveränderung zu tätigen, beispielsweise die Umstellung auf Fernwärme. Da man mit Fernwärme nicht kochen kann und in den Liegenschaften von Gas- auf Elektroherd umgestellt werden muss, kann das eine grundlegende Sanierung der elektrischen Installationen mit höherer Absicherung nach sich ziehen. Wie ich von Liegenschaftsbesitzer:innen vernehmen konnte, ist es diesbezüglich nicht einfach bzw. kundenfreundlich, die Informationen zu finden und zu erhalten.

Ich erhoffe mir, dass die IWB durch die Interpellation angeregt werden, die Kommunikation über die verschiedenen Kanäle zu verbessern. Wie aus meinen Ausführungen zu folgern ist, bin ich mit der Beantwortung nur teilweise zufrieden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **19. Interpellation Nr. 66 Thomas Widmer-Huber betreffend Verbesserung der Arbeitsintegration von ukrainischen Geflüchteten**

[20.11.24 09:39:52, 24.5198.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat eine schriftliche Stellungnahme zu den Antworten eingereicht, die mit dem Protokoll veröffentlicht wird. Die Interpellation ist erledigt.

## **20. Interpellation Nr. 72 Bruno Lötscher-Steiger betreffend vollständige oder teilweise Rückerstattung der Gewinn-Überschüsse der IWB an die Kundinnen und Kunden**

[20.11.24 09:40:08, 24.5226.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Gleiches gilt für die Interpellation von Bruno Lötscher-Steiger. Auch hier wurde eine schriftliche Stellungnahme eingereicht. Die Interpellation ist erledigt.

## **21. Interpellation Nr. 82 Heidi Mück betreffend Inselstrasse 62-66: legitimiert der Kanton missbräuchliche Kündigungen?**

[20.11.24 09:40:27, 24.5238.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort der Regierung zufrieden ist.

*Heidi Mück (GAB):* Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Es ist wirklich eine schwierige Geschichte. Der Kanton ist dringend auf Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen angewiesen, denn sie sollen nicht in unterirdischen Bunkern wohnen müssen. Da sind wir uns ja, glaube ich, alle alle einig. Aus diesem Blickwinkel kann ich das Verhalten des Kantons durchaus nachvollziehen. Ich erlebe auch die Arbeit der Zuständigen in Bezug auf die Unterbringung der geflüchteten Menschen in den angemieteten Wohnungen als sehr sorgfältig. Im Quartier habe ich bis jetzt keine negative Stimmung wahrgenommen, am Nachbarschaftsfest, das im September im Hof der



Überbauung stattgefunden hat, waren zwar leider kaum Geflüchtete präsent, doch die Stimmung der Nachbar:innen war durchaus entspannt, zumindest was ihre Haltung zu den Geflüchteten betrifft.

Die Wohnsituation ist aber weiterhin angespannt und viele Bewohner:innen dieser Überbauung hadern mit den Kündigungen, die sie selbst erlitten oder bei ihren Nachbar:innen erlebt haben. Viele äussern Sorgen, wie es weitergehen soll, weil ihre Mieten so stark angestiegen sind.

Obwohl ich wirklich Verständnis habe für die Situation des Kantons bleibt auch eine gewisse Wut übrig. Ich bin wütend, weil die Besitzer der Häuser an der Inselstrasse, die Varia Serve AG, mit ihrer Masche durchkommen und von der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt und dem Druck des Kantons für die Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete profitiert. Und ich bin wütend, weil der Kanton dieses unsägliche Verhalten auch noch stützt und finanziert.

Weiter ärgert mich, dass bis jetzt erst ein kleiner Teil der Wohnungen belegt ist und der Kanton diese Abzockerfirma also noch für leerstehende und zum Teil ziemlich schäbige Wohnungen viel Geld rüberschiebt. Eine durch und durch ungute Situation, die nicht nur bei mir, sondern auch bei den vielen von Sanierungen, Leerkündigungen und Mietaufschlägen betroffenen Menschen in meinem Quartier ein bitteres Gefühl hinterlässt. Ich erkläre mich deshalb als teilweise befriedigt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **22. Interpellation Nr. 86 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Zahlen und Fakten zum Asylchaos**

[20.11.24 09:43:32, 24.5242.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der schriftlichen Beantwortung ihrer Fragen zufrieden ist.

*Daniela Stumpf Rutschmann (SVP):* Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen. Ich bin mit den Antworten zufrieden, mit der Situation aber ganz und gar nicht, weil der Bund, namentlich die linke Mehrheit und Bundesrat Beat Jans, das Asylchaos nicht beheben will, müssen basel-städtische Steuerzahler immer tiefer in die Kasse greifen.

Die Kosten für die Unterbringung, Betreuung und Unterstützung von Asylmigranten ist im Jahr 2023 auf über 54 Millionen Franken angestiegen. Dazu kommen Personalkosten und Sach- und Betriebsaufwand in Höhe von über 25 Millionen Franken. Im Vergleich zum Jahr 2020 ist das eine Verdoppelung der Kosten und zeigt einmal mehr auf, was die SVP schon lange sagt, das Asylchaos macht unsere Bürgerinnen und Bürgern immer ärmer. Wir geben im Jahr 2023 fast 90 Millionen Franken in Basel-Stadt aus. Auch wenn der Bund davon fast zwei Drittel übernimmt, ist das noch immer viel zu viel, zumal auch Bundesgelder letztlich Steuergelder sind. Und die Zahlen zeigen deutlich auch, dass das Asylwesen nicht mehr viel zu teuer ist, sondern wir auch bei den Asylmigranten einen unfassbar grossen Anstieg haben. In allen angefragten Kategorien explodieren die Zahlen, sie haben sich zwischen 2021 und 2023 verdoppelt.

Die Folgen des Asylchaos sind also deutlich. Der basel-städtische Steuerzahler muss immer stärker finanziell bluten, währenddem man unter den steigenden Lebenshaltungskosten zu leiden hat. Gleichzeitig wird Wohnraum knapp, günstige und leerstehende Wohneinheiten werden vom Kanton umgenutzt, bestehenden Mittel aus ihren Wohnungen vertreiben. Ich fordere den Regierungsrat, wie meine Partei schon lange tut, erneut dazu auf, dass er endlich mitwirkt, dass die Zahlen endlich wieder abnehmen und das Asylchaos gestoppt wird.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **23. Interpellation Nr. 45 Oliver Thommen betreffend wann klappt's mit der Schulkommunikation?**

[20.11.24 09:46:16, 24.5137.02]



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat auch hier Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Oliver Thommen (GAB):* Der Regierungsrat hat diese Interpellation im Frühjahr beantwortet. Mir ist jetzt nicht ganz klar, ob das noch unter der alten Ägide war oder schon unter der neuen. Ich bin sehr unzufrieden mit dieser Beantwortung, weil sie eigentlich sehr vielmehr Fragen aufwirft als Antworten gibt. Deswegen habe ich zusammen mit Sandra Bothe auch eine entsprechende Motion eingereicht.

So wird behauptet, man habe eigentlich gar nie etwas gemacht im Bereich Schulkommunikation. Man habe auch keine Analyse erstellt dazu, aber komischerweise hat man dann eine Verordnung gemacht 2022 und entschieden, dass man die Schulkommunikation nicht zentral für alle Eltern regelt, was doch sehr komisch ist, wenn man keine Analyse und keine Offerten und nichts eingeholt haben soll. Es scheint wirklich sehr unklar, warum die Regierung so antwortet .

Auch die Qualität der Antworten lässt zu wünschen übrig. So stellen sich mir Fragen, warum man eine Lizenzierung ablehnt für alle Schulen und warum einzelnen Schulstandorten eine ngeblichen Schulautonomie zukommen soll. Das erinnert mich etwas an den Schweizer Föderalismus manchmal, da muss jede Schule noch etwas eigenes machen und jeder Skaleneffekt verpufft so und man gibt einfach sinnlos viel Geld aus oder man zahlt dann mit den Daten der Eltern an irgendwelche Tech-Konzerne in den USA.

Weitere Fragen stellen sich, das werden wir dann zu einem späteren Zeitpunkt noch diskutieren. Ich bin sehr unzufrieden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **24. Interpellation Nr. 57 Gabriel Nigon betreffend Lobbying für höhere Bundesbeiträge an die Universität Basel und die Fachhochschule Nordwestschweiz sowie für die Berufsbildung**

[20.11.24 09:48:30, 24.5183.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Er ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **25. Interpellation Nr. 61 Harald Friedl betreffend Sportanlage Schorenmatte**

[20.11.24 09:49:06, 24.5191.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht. Die Interpellation ist erledigt.

## **26. Interpellation Nr. 62 Laurin Hoppler betreffend Zukunft und Förderung von Jugendkultur in Basel**

[20.11.24 09:49:18, 24.5194.02]



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Auch hier wurde eine Stellungnahme eingereicht. Die Interpellation ist erledigt.

## **27. Interpellation Nr. 70 Brigitte Gysin betreffend Französisch an den Gymnasien BS im Zusammenhang mit dem Projekt WEGM**

[20.11.24 09:49:31, 24.5221.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Brigitte Gysin (Mitte-EVP):* Um es gleich vorwegzunehmen, ich bin leider gar nicht zufrieden mit der Antwort. Seit Jahrzehnten haben wir in unserem Kanton eigentlich unbestritten eine gewisse Priorisierung des Französischen beim Fremdsprachenerwerb. Nicht zuletzt ist dies durch die Grenzlage zu Frankreich begründet. Dies zeigt sich zum Beispiel darin, dass an der Primarschule zuerst Frühfranzösisch und erst dann Frühenglisch unterrichtet wird. Es zeigt sich auch daran, dass bis heute die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten eine Französisch-Matur ablegen.

Im Zusammenhang mit der eidgenössischen Weiterentwicklung der gymnasialen Maturitätsprüfungen wurde nun bei der kantonalen Umsetzung, ohne dass da irgendeine öffentliche Debatte oder ein Gespräch stattgefunden hätte, neu die Wahl zwischen Französisch und Italienisch jetzt auch aufgenommen für unseren Kanton. Das heisst, wenn jemand die obligatorische Schulzeit beendet hat, kann er wählen, ob er Französisch oder Italienisch bis zum Ende der Schulzeit besuchen wird. Aus diesem Grund scheint mir die Frage berechtigt zu fragen, warum nun hier diese langjährige Tradition und Praxis einfach geändert worden ist.

Als Antwort wird auf das neue Maturitätsreglement verwiesen und damit suggeriert, als wäre dort im Hinblick auf diese Frage eine neue Regelung formuliert worden. Das ist aber nicht so bereits 1995 im eidgenössischen Maturitätsanerkennungsreglement, heisst es im Grundlagenfach zweite Landessprache müssen mindestens zwei Sprachen angeboten werden. In mehrsprachigen Kantonen kann eine zweite Kantonssprache als zweite Landessprache bestimmt werden. Damals hat der Kanton Basel-Stadt in der EDK durchsetzen können, dass er wie die zweisprachigen Kantone das Französisch-Obligatorium beibehalten kann.

Zudem sagt dieser Verweis auf diese Regelung auch wenig über die Gründe über das Warum aus. Hat man versucht wie bis anhin diese Ausnahme durchzusetzen, aber in der EDK das nicht durchsetzen können? Das wäre ja möglich. Oder hatte man inhaltliche sachliche Gründe, neue Erkenntnisse über die Bedeutung der verschiedenen Sprachen in unserer Region, die dazu geführt haben, dass man gesagt hat, nein, neu sollen die Schülerinnen und Schüler wählen können? Leider sagt die Antwort nichts dazu aus.

Nun ist es also so, dass die Schülerinnen und Schüler wählen können. Sie haben in beiden Sprachen vier Jahre und die gleiche Stundendotation, um die fast identischen Lernziele zu erreichen. Dies, obwohl man im Französisch schon sieben Jahre-Französisch-Unterricht hatte und im Italienisch noch überhaupt keine Vorkenntnisse.

Das war der Grund, warum ich als zweites gefragt habe, wie man denkt, dass dieses Ziel erreicht werden kann. Die Antwort war, das Ziel ist. Es wurde nichts über das Wie gesagt und nur das, was im Rahmenlehrplan nun steht, was nun erreicht werden soll. Wenn ich bei einer Geschichtsprüfung nach den Ursachen des zweiten Weltkriegs frage und jemand als Antwort schreibt, er fand von 1939 bis 1945 statt, kann ich keine Punkte für diese Antwort geben, obwohl sie sprachlich und inhaltlich korrekt ist, aber leider nicht die Antwort auf die Frage. Das ist auch hier der Fall.

Die Bekanntgabe des Ziels sagt nichts darüber aus, wie man das nun ermöglichen will. Gut zugegebenermassen, das Problem ist schon eidgenössisch angelegt in dieser Wahlmöglichkeit und das gilt ja nicht nur für Basel-Stadt, dass man bei Französisch Vorkenntnisse hat und bei Italienisch nicht, wenn man dann Italienisch wählt. Aber ich hätte erwartet, dass man nach 30 Jahren, in denen man diese Regelung anders umgesetzt hat und jetzt wechselt, dass man sich Gedanken dazu gemacht hat, wie das denn möglich werden könnte. Immerhin inzwischen wurde vom Erziehungsdepartement eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Best Practice in anderen Kantonen anschauen soll, die überlegen soll, wie das hier in Basel-Stadt umgesetzt werden kann.

Warum in der Antwort auf meine Frage 2 die Ziele bekanntgegeben werden, statt die Absicht, eine Arbeitsgruppe zu bilden, ist mir schleierhaft. Ich muss fast vermuten, dass diese Idee erst nach der Interpellation irgendwann entstanden ist. Nun die Welt sich wandelt sich und dann muss sich auch die Bildung wandeln. Ich sage nicht, dass man aus Prinzip eine jahrelange Tradition immer weiterführen muss, aber wenn man sie ändert, sollte man doch das wohl überlegt tun. Die Antworten auf die Interpellationen lassen leider nicht darauf schliessen, dass diese Entscheidung wohl überlegt war.



Als Optimistin hoffe ich, dass die Überlegungen differenzierter waren als die Antwort auf meine Interpellation. Ich bin darum mit dieser Antwort nicht zufrieden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

## **28. Interpellation Nr. 79 Alex Ebi betreffend stärkere finanzielle Unterstützung von Basler Sportvereinen mit Teams in den zwei obersten nationalen Ligen**

[20.11.24 09:54:40, 24.5235.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Alex Ebi: Es geht um den Sport, und ich beobachte seit Jahrzehnten, was diesbezüglich in dieser Stadt passiert resp. nicht passiert. Die Infrastruktur ist ein entscheidender Punkt. Immer mehr Sportarten haben das Gefühl, mit einer guten Infrastruktur und einer guten Location könne man viele Zuschauer und Sponsoren in die Halle locken. Das brauchen wir, das kostet aber Geld, die Hallen müssen umgebaut werden, es braucht einen schönen VIP-Bereich und die Zuschauer müssen sich wohl fühlen. Dafür braucht der Verein jedes Mal viel Geld, viel Prozent seines Gesamtbudgets.

Der Spitzensport als Aushängeschild jeder Sportart ist elementar. Wenn so eine Sportart neben dem FC Basel eine tolle Location hinzaubert, dann braucht es nicht nur Geld, sondern auch Man- und Woman-Power. Ich habe gesehen, wie der Uni Hockey seine Heimspiele macht. Sie müssen mit etwa zehn oder fünfzehn Helfer ein paar Kisten umbauen und dann wird das VIP-Bereich genannt. Das ist gut gemeint, und auch ganz toll gemacht, aber mit einem richtigen tollen Event hat das wenig zu tun, auch wenn sie unglaublich viel machen und meine ganze Wertschätzung haben.

Das meine ich mit Infrastruktur. Ich war am Eishockey Match. Dort ging es ganz anders, das meiste ist gemacht, vieles ist bereit. Auch sie brauchen viel Geld, damit so ein Heimspiel ausführen können. Der Rankhof ist das gleiche in Grün. Da gibt es eine kleine Halle. Man hat das Gefühl, wenn man im November kommt, mit etwas Nebel, da kommt dann gleich noch der Weihnachtsmann. Aber nein, das sind die Heimspiele, und die Vereinsvorstände müssen einen tollen Event bereiten.

Für all das braucht es Geld. Es geht nicht darum, dass der ausländische Spitzensport mehr Geld bekommt, aber dafür ist der Kanton da, die Sportvereine so zu unterstützen, dass sie für die Infrastruktur nicht auch noch Geld in die Hand nehmen müssen. Darum bin ich mit der Antwort nicht zufrieden, denn nur alles auf den Swisslos-Fonds zu schieben, geht nicht, das reicht nicht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **29. Interpellation Nr. 108 Oliver Bolliger betreffend der geplanten Zulassungsbeschränkung zur Matura-Prüfung an den Basler Gymnasien**

[20.11.24 09:58:04, 24.5373.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat seine Stellungnahme schriftlich eingereicht. Die Interpellation ist erledigt.

## **30. Interpellation Nr. 135 Alex Ebi betreffend dem weiteren Vorgehen bei der Doppelturnhalle Hirzbrunnen**

[20.11.24 09:58:20, 24.5459.02]



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Alex Ebi: Ich habe eine Motion eingereicht, alle haben unterstützt, dass im Hirzbrunnen aus den beiden kleinen Turnhallen aus den 1950-er Jahren eine Dreifachhalle macht anlässlich der Sanierung. Alle wissen, dass es zu wenig Wasser- und Sportflächen und zu wenig Hallen gibt. Wenn es schon mal eine Gelegenheit gibt, eine Dreifachturnhalle zu schaffen, wird das mit juristischem Geplänkel verhindert.

Ich wünsche mir von Regierung und Verwaltung eine Grundhaltung, wie das ermöglicht werden kann. Ich habe immer ein bisschen das Gefühl, dass die Grundhaltung ist, wie eine gute Idee verhindert werden kann. Das ist natürlich nur ein Bauchgefühl, aber viele haben dieses Bauchgefühl.

Weiter haben wir einen Sportstättenplan 2022, der extern in Auftrag gegeben wurde, und die haben gesagt, dass es zu wenig Hallenkapazitäten gebe. Es gibt eine Motion, die behauptet, dass es genügend gäbe. Wir haben nachgewiesen, dass das nicht stimmt. Wir haben mit dem Schulleiter geredet, der das bestätigt hat. Nun machen wir eine Interpellation, fragen nach, ob sich etwas geändert habe. Nein, nun kommt als Antwort lapidar die gleiche Antwort, die wir schon erhalten haben.

Ich spüre keine Bewegung, es ist bedauerlich. Wir haben im Sommer 2025 eine Frauen Fussball-EM, eine Frauen Handball-EM in einer Woche. Die Regierung sagt uns, dass es 12,5 Millionen braucht, um eine tolle Frauen Fussball-EM durchzuführen. Das ist nicht aus dem Fenster geworfenes Geld, sondern es ist nachhaltig eingesetzt worden, indem mehr Frauenmannschaften und Frauenteam der Region erhalten bleiben.

Alle Sportarten in der Stadt beklagen sich über zu wenig Plätze. Wie soll man angesichts des Frauenbooms dies auffangen? Wenn wir nicht mehr Infrastruktur bauen, wird es nichts. Ich verstehe nicht, warum die Grundhaltung im Sportamt nicht ist, dass es grundsätzlich ermöglicht wird. Das stört mich sehr, und deshalb bin ich auch mit den Antworten auf diese Interpellation echt unzufrieden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Dank der Interpellant ist nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **31. Interpellation Nr. 33 Adrian Iselin betreffend zusätzliche Tramverbindung durch den Claragraben**

[20.11.24 10:02:28, 24.5120.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Adrian Iselin (LDP):* Der Claragraben in Basel ist eine wichtige Verkehrsachse zwischen dem Unteren und Oberen Kleinbasel. Durch die geplante Erweiterung der Tramgleise müssten jedoch sichere Strassenüberquerungen für Schülerinnen und Schüler, ältere Menschen und so weiter neu errichtet werden. Auch die rasche Durchfahrt von Blaulichtfahrzeugen wäre behindert, Parkplätze würden aufgehoben und der individual- sowie Busverkehr Nummer 31, 33, 34, 38 und 55 würden stärker beeinträchtigt. Die Feldbergstrasse und der Riehenring würden zusätzlich belastet und mehr Lärm wäre die Folge. Die Anwohnerschaft müsste mit erhöhtem Tramlärm und stehenden Kolonnen zurechtkommen.

Eine Tramlinie kann sich insbesondere auf das Gewerbe negativ auswirken. Die geplante Erweiterung der Tramgleise im Claragraben könnte zu Beeinträchtigungen führen, wie zum Beispiel der Aufhebung von Parkplätzen, die für das Gewerbe und die Gastronomie im Kleinbasel wichtig sind. Diese Veränderungen könnten die Erreichbarkeit für Kunden und Lieferanten beeinträchtigen und somit negative Auswirkungen auf die Geschäfte haben. Es ist daher wichtig, alle Aspekte sorgfältig abzuwägen, um eine nachhaltige Lösung zu finden.

Der Regierungsrat betont die Bedeutung von Veränderungen im Verkehrsbereich zur Erreichung der Klimaziele. Während der Innenstadtramngleissanierung führen zusätzliche Trams über den Wettsteinplatz zum Bankverein. Am Kreisel Kunstmuseum wurde dadurch der Verkehr Richtung Dufourstrasse Aeschenplatz oft durch das Rotlicht am Kreisel gestoppt. Die Folge war eine Kolonne stehender Autos auf der gesamten Länge der Wettsteinbrücke, teilweise bis in den Claragraben. Das ist in etwa die Situation, die sich ergibt, wenn zusätzliche Tramlinien die Wettsteinbrücke überqueren. Wird dann noch die Elisabethenstrasse für den Durchgangsverkehr Richtung Markthalle und Leimental gesperrt, ergibt sich noch mehr Stau zum Aeschenplatz mit entsprechendem Rückstau und zusätzlicher Umweltbelastung.



Dabei wird auch die graue Energie ausser acht gelassen. Diese umfasst den Energieaufwand für die Herstellung, den Transport, die Lagerung, den Verkauf und die Entsorgung von Produkten oder Infrastrukturen. Beim Bau von Tramgleisen sind erhebliche Ressourcen und Energie erforderlich. Die gesamte Lebenszyklusbetrachtung einschliesslich der grauen Energie sollte bei der Bewertung verschiedener Verkehrsmittel berücksichtigt werden. Alternativen wie umweltfreundliche Busse könnten eine bessere Bilanz aufweisen. Insgesamt ist eine umfassende Analyse notwendig, um die Auswirkungen abzuwägen und nachhaltige Lösungen zu finden. Dass das Tram gemäss Fahrgastbefragung angeblich beliebter als der Bus sei, da es ruhiger fährt und damit ein angenehmeres Fahrgefühl vermittelt, halte ich in diesem Kontext für irrelevant.

Ähnlich verhält es sich auch beim Tram für den Petersgraben. Bei Verbesserungen im Tramsystem müssen die Interessen und die Bedürfnisse der Anwohner berücksichtigt werden. Es ist wichtig, die möglichen negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität zu untersuchen. Eventuelle Probleme, die eine Tramverbindung für Veranstaltungen wie die Herbstmesse und den Flohmarkt verursachen könnten, müssten gründlich geprüft und gelöst werden. Die zusätzlichen Belastungen durch eine Tramverbindung im Petersgraben einschliesslich der Auswirkungen auf Radfahrer und den Individualverkehr müssen sorgfältig abgewogen werden. Die Planung der Tramverbindung muss sicherstellen, dass Rettungsfahrzeuge im Notfall uneingeschränkt Zugang haben. Es ist wichtig, alle potentiellen Lösungen objektiv zu bewerten, um die bestmögliche Entscheidung zu treffen. Das BVD sollte sich nicht über die Interessen der Anwohnenden und der übrigen negativ Betroffenen hinwegsetzen und einsehen, dass es Alternativen zum Tram für den ÖV in der Stadt gibt.

Vor diesem Hintergrund bin ich mit der Antwort nicht zufrieden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **32. Interpellation Nr. 67 Ivo Balmer betreffend Eigentumsverhältnisse in Basel-Stadt**

[20.11.24 10:07:32, 24.5202.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht. Die Interpellation ist somit erledigt.

### **33. Interpellation Nr. 71 René Brigger betreffend gesetzeswidrige Fristüberschreitungen des Bau- und Gastgewerbeinspektorates**

[20.11.24 10:07:46, 24.5225.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*René Brigger (SP):* Es ist ein Evergreen, die übernächste Interpellation ist von Lorenz Amiet, der auch den Hilferuf der Architekten des Berufsverbandes aufgenommen hat. Meine Interpellation geht in die gleiche Richtung. Ich bin vorab gesagt mit der Antwort nicht zufrieden.

Das BVD ist der Ansicht, dass mit der Digitalisierung, dem Einbau und der Einführung der neuen Bauinspektorinnen und Bauinspektoren Mitte 2025 die Sache besser wird. Das BVD ist auch der Ansicht, dass ein Zielkonflikt besteht zwischen den längeren Öffnungszeiten des BGI mit der Behandlungsfrist. Weil der Kundenkontakt besser ist, geht also die Behandlungszeit länger. Dann wird noch an der Gebietszuständigkeit festgehalten. Die Gebietszuständigkeit ist, glaube ich, die Frau Regierungsrätin, überholt. Ich verweise auf die Motion Albiets, gemäss Kreuztabelle dich wird diese Motion angenommen, das heisst, Sie müssen dann die Gebietszuständigkeit wieder einführen. Die Gebietszuständigkeit, das wird auch hier in dieser Antwort verteidigt, ist meines Erachtens eine ganz schlechte und unlogische organisatorische Massnahme.

Dann passieren gewisse Schlaumeiereien. Im Gesetz steht, dass ein normales Baugesuch – und die Interpellationsantwort geht einfach richtig davon aus, dass circa 90 Prozent der Baugesuche nicht komplex sind, gemäss Paragraph 87 Bau- und Planungsgesetz – innert drei Monaten behandelt werden müssten. Gemäss Antwort werden nur 62 Prozent innert Frist behandelt also 38 nicht. Die Erhebung des SIA geht davon aus, dass nur 17 Prozent innert drei Monaten beantwortet werden und 83 nicht. Es werden dann aber nicht die Zahlen 38 Prozent und 83 Prozent gegenübergestellt, sondern die 62



Prozent, die gemäss Gesetz und Stellungnahme des BVD in der Frist sind, werden den 83 Prozent gegenübergestellt, die gemäss SIA eben länger als drei Monate dauern. Das ist so ein kleiner Trick. Aber oft stimmen die Zahlen nicht.

Ich kann mir vorstellen, wo das Problem liegt. Die Zählweise ist eine andere. Die Frage ist, wie man die drei Monate zählt. Zählt man sie ab Eingabe des Baugesuchs? Nein. Wenn das Baugesuch eingegeben wird, dauert es mehrere Wochen, bis es überhaupt publiziert wird. Diese paar Wochen werden vom Bauinspektorat nicht einberechnet. Das ist aber eine Vorprüfung, ein kleines Verfahren. Wenn man diese drei bis vier Wochen nicht dazu zählt, dann ist man schon falsch, denn in diesem Vorverfahren werden schon viele Sachen abgeklärt.

Dann kommt ein sogenannter Zwischenbericht. Die Bauherrschaft wird kontaktiert, das eine oder andere fehle noch. Zwischen Zwischenbericht und Eingang der Antwort stoppt das Bauinspektorat die Zeit, nur so ist es überhaupt denkbar, dass eine knappe Mehrheit der Baugesuche innert drei Monaten beantwortet werden. Aber die gesetzliche Frist wird nicht eingehalten und ich will die gesetzliche Grundlage auch nicht ändern. Das ist die Zielvorgabe, und die Zielvorgabe sehe ich leider mit der Antwort und mit der abwehrenden Antwort, mit der meines Erachtens nicht sachgerechten Begründung nicht gegeben. Meine Prognose wird sein, dass das auch Mitte 2025 mit den neuen Bauinspektorinnen und Bauinspektoren nicht besser wird. Und da wäre eigentlich eine Remedur nötig auch seitens der politischen Führung von Regierungsrätin Esther Keller. Und das spüre ich leider nicht. Ich habe ständig Fälle auf dem Tisch, bei denen einem die Haare zu Berge stehen. Und ich wäre schon froh, wenn Regierungsrätin Esther Keller oder wer auch immer in der nächsten Legislatur politisch aktiv wird.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Gehe ich richtig in der Annahme, dass Sie nicht zufrieden sind? Das ist der Fall. Die Interpellation ist somit erledigt.

#### **34. Interpellation Nr. 87 Sandra Bothe betreffend Verbesserung des Pausenplatzes Schulhaus Rittergasse im Kontext der Umgestaltung der Archäologischen Informationsstelle „Murus Gallicus“**

[20.11.24 10:13:15, 24.5244.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Interpellantin hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht. Die Interpellation ist erledigt.

#### **35. Interpellation Nr. 89 Lorenz Amiet betreffend Hilferuf der Architekten wegen den Zuständen im Bauinspektorat**

[20.11.24 10:13:36, 24.5246.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Lorenz Amiet (SVP):* Bis zu 47 Fachinstanzen werden bei einem Baubewilligungsverfahren einbezogen. Kein Wunder, können die gesetzlichen Fristen nicht eingehalten werden. Bei dieser Zahl ist es schlicht unmöglich, einen Prozess zu finden, welcher dem Gesetz Genüge tut.

Entsprechend wird in der Beantwortung meiner Interpellation auch zugegeben, dass 38% der Verfahren nicht innert der dreimonatigen Frist abgewickelt werden können, also gut ein Drittel. Dazu gäbe es Statistiken. Es ist Künstlerpech, dass diese ausgerechnet diese Seite heute Morgen nicht auffindbar war, deswegen kann ich nicht überprüfen, ob diese 38% immer noch gelten. So oder so, und das rechne ich der Regierung an, wird zugegeben, dass diese Zahlen nicht befriedigend sind.

Die Beantwortung meiner Interpellation wurde gewissenhaft und detailliert gemacht, und dafür danke ich ganz herzlich. Aus der Sicht könnte man eigentlich befriedigt sein. Wenn ich anschau, welche Gründe für die Schwierigkeiten angegeben werden, dann sind das zwei. Das eine ist die personelle Krise im Bau- und Gastgewerbeinspektorat. Personelle Krisen gibt es, sowohl in der Verwaltung wie in der Privatwirtschaft, aber personelle Krisen sind zu lösen. Personelle Krisen wurden



auch anderswo schon gelöst – ich erinnere an unsere Polizei – und wenn man das Gefühl hat, dass sich personelle Krisen nicht innerhalb von Monaten lösen lassen, dann muss man halt vielleicht mit dem Stahlbesen dahintergehen. Da habe ich gewisse Hoffnungen und Erwartungen an die zuständige Regierungsrätin.

Man schreibt weiter ganz deutlich, dass man vereinfachte Prozesse nur durch Veränderungen auf Gesetzes- und Verordnungsebene erreichen wird und dass man diese auch möchte. Die Worte höre ich gerne, ich freue mich auf die Taten. Wenn der Grosse Rat hier allenfalls mit Vorstössen nachhelfen soll, dann bin ich sehr dankbar für entsprechende Hinweise. Wenn ich Ihre Worte richtig verstehe, haben Sie das gleiche Ziel wie wir und die SIA.

Der Runde Tisch Einfacher bauen klingt sehr gut und diesen Marketingslang finde ich toll. Jetzt geht es darum, ihn umzusetzen. Für heute kann ich mich teilweise zufrieden erklären, aber wenn René Brigger Recht behält und es in einem Jahr immer noch gleich aussehen wird, dann werde ich nicht mehr zufrieden sein mit einer entsprechenden Beantwortung.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **36. Interpellation Nr. 94 Christian C. Moesch betreffend Ausbau der Elsässerbahn**

[20.11.24 10:17:10, 24.5312.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Christian Moesch:* Ich danke für die sehr umfangreiche Beantwortung der Interpellation. Ich möchte auf den Punkt der Lärmemission zurückkommen. Ich habe nachgefragt, wie es einzuschätzen sei, wenn der sogenannte Viermeterkorridor umgesetzt ist. Dieser kommt einher mit grösserem Verkehr entlang dem aktuellen Bahndamm. Ich kenne Anwohner, die in der Nähe des Bahndamms wohnen, und die Lärmbelästigung besteht. Sie werden gemäss Prognose der SBB sicher zunehmen. Aktuell hat man von 220 Zügen gesprochen, bis 2040 sollen es 565 Züge sein.

Was ich extrem spannend finde ist, dass man in dieser Berechnung bereits sagen kann, welches Rollmaterial dereinst verwendet wird. Es wird offensichtlich neues Rollmaterial sein. Und dass die Emissionen im 2040 am Tag 70,7 Dezibel und nachts 63,5 Dezibel sein werden und somit die zulässigen Emissionen nicht überschreiten werden. Ich frage Regierungsrätin Esther Keller an, ob sie bei der SBB nachfragen kann, ob die Kristallkugel allenfalls auch für die Lottozahlen der nächsten Woche taugen.

Ich bin teilweise zufrieden, ich werde im Jahr 2040 mit einem Dezibelmesser vorbeigehen und messen und allenfalls jemanden einen neuen Vorstoss zur Überdeckung machen lassen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **37. Interpellation Nr. 111 Christine Keller betreffend Erneuerung Geviert Wettsteinallee / Grenzacherstrasse**

[20.11.24 10:20:27, 24.5384.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Christine Keller (SP):* Ich danke für die Antworten. Ich hänge gerade beim ersten Satz in der Einleitung zur Antwort ein, da steht, bei allen bereits vor Inkrafttreten des Klimaschutzkonzeptes geplanten Projekte wurde und wird geprüft, ob es weiteres Potenzial für Klimaadaptionsmassnahmen gibt. Das ist ja auch etwas, was Regierungsrätin Esther Keller schon öffentlich betont hat. Das ist aber leider – und da sehe ich einen Widerspruch beim Erneuerungsprojekt im vorderen Teil der Grenzacherstrasse, nicht der Fall. Es wird einfach geschrieben, hier seien keine Begrünungs- und



Umgestaltungsmassnahmen ausgelegt worden und der Grosse Rat hat dies so bewilligt. Ich höre, das sei auch bei anderen Projekten häufig der Fall, dass man intern sagt, das sei schon bewilligt, da könne man nichts mehr machen. Aber wo fehlt den hier der Wille zu sagen, dass das Klimaschutzkonzept nicht erst seit gestern bestehe und warum es hier nicht angewendet werden solle?

Es geht ja konkret um eine Haltestelle, die nun wirklich wieder genauso hässlich versiegelt wird wie vorher. Die Regierung schreibt in der Antwort auf Frage 5, dass der Regierungsrat aus heutiger Sicht zur selben Feststellung gelangen, nämlich dass man ohne weiteres etwas Grün hätte anlegen können. Also warum wird hier nicht ernst gemacht und nicht immer wieder geprüft, gerade bei kleinen Projekten.

Diese mangelnde Konsequenz ist das eine, das mich stört. Dann die ganze Sache, was Roche betrifft. Rein optisch präsentiert sich die ganze Strasse schon als zweigeteilt. Oben bei der Roche hat man einen hellen Strassenbelag und Tempo 30. Beides dient gemäss Aussage des Baudepartements der Verkehrssicherheit. Da sollte man sich schon nicht wundern, wenn die Eltern der Kinder, die den Kindergarten gerade nach dieser Rochekreuzung, sich ärgern. Da entsteht schon eine gewisse Missstimmung. Die Regierung sagt, der helle Strassenbelag sei ein Pilot, und dieser Pilot solle nun wertvolle Hinweise über den helleren Strassenbelag geben. Kann man wirklich einfach sagen, ich zahle das? Sicher, die Roche ist wichtig für unseren Kanton, dennoch hat es einen etwas eigenartigen Beigeschmack, dass sie auf einer öffentlichen Strasse bestimmen kann, welcher Belag verwendet wird. Ich frage, ob es eine Praxis gibt und andere Fälle, wo Private eine Strasse nach ihrem Gusto gestalten. Diese Frage wurde nicht beantwortet. Es gebe keine eigentliche Praxis dazu.

Tempo 30 wird schon sehr lange verlangt, nun wieder vertieft. Wir sind wirklich gespannt auf die Vorlage, die Ende 2025 kommen soll, ob dann wirklich endlich in dieser Grenzacherstrasse beim Kindergarten Tempo 30 eingeführt wird. Wir hoffen es doch sehr. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **38. Interpellation Nr. 114 Tonja Zürcher betreffend Volkswirtschaftlicher Schaden durch den Bau der Rheintunnel-Autobahn**

[20.11.24 10:25:58, 24.5387.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Tonja Zürcher (GAB):* Wir haben in den letzten Wochen viel lesen können zum Autobahnausbau. Der Nutzen ist kleiner als behauptet, die Klimakosten doppelt so hoch wie bisher angenommen. Der Mehrverkehr vom Rheintunnel, der durch den Autobahnausbau des Rheintunnels hervorgerufen wird, wurde nicht berechnet, obwohl vor zwei Jahren das ASTRA selber noch angenommen hat, dass es eine zusätzliche Belastung der Quartierstrassen geben wird. Die Stauzahlen sind aufgebaut und die realen Kosten deutlich höher als im Abstimmungsbüchlein angenommen.

Das sind so ein paar Fakten, ich habe nicht alles aufgezählt, aber ich denke die wichtigsten im Bereich der Kosten. Trotzdem verlässt sich der Regierungsrat offenbar weiterhin voll und ganz auf die Behauptungen von Bundesrat Röstli und den PR-Agenturen des Bundesamts für Strassen. Der Regierungsrat übernimmt sogar die Behauptung von der angeblichen Entlastung, obwohl diese Ebene wie gesagt gar nicht berechnet wurde und sogar höchst unwahrscheinlich ist, wenn man die Unterlagen des Bundesamts für Strassen selber liest. Und die massive Klimabelastung, die durch den Autobahnausbau hervorgerufen wird soll durch etwas Kohle im Teer kompensiert werden. Zur Erinnerung: Alleine der Autobahnausbau, also die massive Verwendung von Beton, Teer und Stahl in diesem Bereich, stösst etwa gleichviel CO<sub>2</sub> aus wie der ganze Kanton Basel-Stadt in einem Jahr, und das zu einem Zeitpunkt, in dem Basel-Stadt mehr oder weniger klimaneutral sein soll, also bis der Autobahnausbau fertig ist, müsste Baselstadt längst Netto Null erreicht haben.

Ich denke, wenn man sich ein bisschen mit den Fakten auseinandergesetzt hat, dann kann man leider die Antwort des Regierungsrates auf meine Interpellation nicht wirklich ernstnehmen. Ich bin deshalb nicht zufrieden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.



### **39. Interpellation Nr. 117 Michael Hug betreffend Aufwertung der Lokalstrassenebene auf der Dreirosenbrücke**

[20.11.24 10:28:18, 24.5391.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Michael Hug (LDP):* Ich möchte mich für die Beantwortung bedanken und an dieser Stelle würde ich sagen, dass ich teilweise zufrieden bin. Ich verstehe, dass die Planung der Bebauung einer Brückenfläche nicht einfach ist, gerade wenn es um eine Begrünung geht, aber ich möchte auch mitteilen, dass wir eine eigene Planung gemacht haben mit einem renommierten Ingenieurbüro, das auch gesagt hat, dass die Traglast erhöht werden könnte mit einfachen baulichen Massnahmen. Diese baulichen Massnahmen werden momentan sowieso vorgenommen über die Erdbebenertüchtigung der Brücke und es ist mir ein Anliegen zu sagen, dass an dieser Fläche eine Verbesserung vorgenommen werden kann, nicht nur im Bereich der Begrünung, sondern auch, wie erfreulicherweise auch der Regierungsrat sieht, dass man Nutzungen auf diese Brücke bringen kann. Das alles ist ja auch im Interesse der Regierung, die immer wieder betont, dass das umgesetzt wird.

Je nachdem wie diesen Sonntag abgestimmt wird, ist es natürlich noch wichtiger, möglichst rasch eine Ersatzfläche zu finden für die Dreirosenanlage. Da gibt es verschiedene Pläne. Das stimmt mich leicht positiv, dass man die Dreirosenbrücke nicht ganz vergessen will. Man möchte auch eine bessere Schallisolation erreichen durch eine Vorglasung, und man möchte auch schauen, ob man die Brücke in irgendeiner Form besser nutzen kann, auch für die Bevölkerung. Darum ist es ganz wichtig, dass man diese in Aussicht gestellte eventuelle Vorprojektierung für eine Verbesserung der Situation an die Hand nimmt. Ich wünsche mir, dass dies sehr rasch geschieht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **40. Interpellation Nr. 122 Fleur Weibel betreffend den Auswirkungen der 10-jährigen Rheintunnel-Baustelle auf die Dreirosen-Quartierbevölkerung**

[20.11.24 10:31:17, 24.5432.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat auch hier die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der schriftlichen Antwort des Regierungsrates zufrieden ist.

*Fleur Weibel (GAB):* Ich habe die Interpellationsantwort von Regierungsrätin Esther Keller und dem BVD erhalten und lange darüber nachgedacht. Ich wusste nicht so recht, wie ich darauf antworten soll und versuche es jetzt spontan.

Die Antwort ist eigentlich ein weiterer Beschwichtigungs Versuch der Regierung. Es ist eigentlich ein bisschen ähnlich wie Tonja Zürcher dies vorhin auch aufgezeigt hat. Wenn die Regierung die Klimabelastung, die der Rheintunnel bedeutet, nicht ernst nimmt, dann nimmt sie jetzt auch die Belastung, die der Rheintunnel für die Quartierbevölkerung im Dreirosenquartier bedeuten wird, nicht ernst. Geschrieben wird etwa, dass der Rheintunnel, dessen Bau sich nicht gross unterscheiden wird hinsichtlich der Emissionen von einem konventionellen Hochbau mit mehreren Untergeschossen, nicht zu ausserordentlichen oder kaum zu ausserordentlichen Lärm- und Erschütterungsbelastungen führen wird. Die Regierung ist auch zuversichtlich, dass alles nicht so schlimm wird. Was denken Sie, wie das jetzt bei der Quartierbevölkerung ankommt? Oder anders gefragt, werden Sie in den nächsten zehn Jahren vielleicht ins Dreirosenquartier ziehen wollen, weil ich kann Ihnen sagen, viele Leute, die es sich leisten können, werden das Quartier verlassen, weil sie keine Lust haben, zehn Jahre lang neben dieser Riesenbaustelle zu wohnen. Haben Sie schon mal an die ungefähr 80'000 Lastwagenfahrten gedacht, die es brauchen wird, um diese ganze Erde, die unter dem Rhein ist, irgendwie herumzufahren? Es ist mir wirklich ein bisschen schleierhaft.

Die Regierung verweist darauf, dass man sich dann schon dafür einsetzen wird beim ASTRA, dass irgendwie Massnahmen getroffen werden. Es befriedigt mich alles überhaupt nicht. Und es zeigt einfach einmal mehr, dass wir nach wie vor eine Regierung haben, deren Politik sich am Auto ausrichtet, die das Auto ins Zentrum der Verkehrsplanung stellt, und die



Menschen, die in den Quartieren wohnen, deren Grünflächen verbaut werden, werden vernachlässigt. Es ist ja alles nicht so schlimm. Es ist ja nur eine zehnjährige Baustelle.

Den fast fast schlagendsten Punkt finde ich den Abschnitt, wo es um die Schulen geht, die ja direkt an der Dreirosenmatte angrenzen. Da wird geschrieben, die Lärmbelastung sei aktuell nicht als übermässig einzustufen. Deshalb wurden für die beiden Schulhäuser keine verstärkten Lärmschutzmassnahmen ergriffen. Also wie stellen Sie sich das vor, dass diese beiden Schulhäuser während zehn Jahren von zwei Generationen von Kindern benutzt werden, und Sie denken, weil die Lärmbelastung nicht ausserordentlich ist, sondern nur ein bisschen, die Baustelle halt da ist, die Grünfläche weg ist, braucht es keine Massnahmen, die getroffen werden müssen, um für diese Kinder die Situation zu verbessern.

Und jetzt ganz ernsthaft: Wer von Ihnen hier drin wird im Dreirosenquartier wohnen während dem Bau des Rheintunnels-Wehr von Ihnen wird mit mir die Wohnung tauschen? Ich ziehe dann ins Gellert oder auch ins Bruderholz oder irgendwohin. Wer möchte gerne meine Wohnung neben der Dreirosenbrücke haben? Ich kann Ihnen sagen, ganz viele Menschen werden dieses Quartier verlassen und dersoziodemographische Wandel, der sich in diesem Quartier vollziehen wird, ist gravierend und die Regierung sagt kein einziges Wort dazu, obwohl danach gefragt wurde.

Also bitte übernehmen Sie Verantwortung dafür, wenn Sie diesen Rheintunnel bauen wollen, der nicht nur klimatechnisch sondern auch für die Quartierbevölkerung ein Riesenräger ist. Ich bin nicht zufrieden.

*Claudio Miozzari:* Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort, die Interpellation ist erledigt.

#### **41. Interpellation Nr. 125 Adrian Iselin betreffend falsche Prioritätensetzung des Bau- und Verkehrsdepartements bei baulichen Stadtklimaanpassungen**

[20.11.24 10:36:45, 24.5439.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Adrian Iselin (LDP):* Dem Kantonsblatt vom 25. September ist zu entnehmen, dass in der Römergasse im Wettsteinquartier nach Abschluss der Arbeiten für den Ausbau des Fernwärmenetzes als permanente Massnahme eine Rabatte mit Bepflanzung erstellt werden soll. Dafür werden alle Parkplätze auf einer Strassenseite der Römergasse ersatzlos aufgehoben. Das Wettsteinquartier ist ein Stadtteil mit überdurchschnittlich viel Grünraum, auch öffentlich zugänglichem. Fast alle Wohnbauten haben Gärten, das Rheinufer ist dicht begrünt, der Blick von oben zum Beispiel vom Rocheturm zeigt, wie grün dieses Quartier ist. Andere Kleinbasler Quartiere weisen deutlich weniger Grünraum auf. Jetzt soll in diesem hinsichtlich Begrünung privilegierten Quartier noch mehr Grün in Rabatten gepflanzt werden, was hinsichtlich des Nutzens für das Klima zweifelhaft ist.

Im Wettsteinquartier werden in den nächsten Jahren in weiteren Strassenzügen während längerer Zeit durch Arbeiten für den Fernwärmeanschluss Parkplätze nicht verfügbar sein. Der Suchverkehr im Quartier wird dadurch zunehmen. Bereits heute besteht ein Mangel an öffentlichen Parkplätzen, was vom Bau- und Verkehrsdepartement früher bereits bestätigt wurde. Von Koordination der Bau- und Verkehrsmassnahmen kann keine Rede sein. Es scheint, dem BVB sei es gleichgültig, ob Leute, die auf ihr Auto angewiesen sind, parkieren können oder nicht. Wenigstens hätte mit dieser Massnahme zugewartet werden können bis nach Abschluss der Fernwärmeanschlussarbeiten.

In der Antwort des Regierungsrats wird argumentiert, dass die Begrünung im Rahmen der kantonalen Klimastrategie und des Stadtklimakonzepts notwendig sei, um den negativen Auswirkungen der Klimaerwärmung entgegenzuwirken. Es wird betont, dass die Massnahme zur Verbesserung des Mikroklimas und zur Entlastung bei Starkregen beitragen soll. Zudem wird darauf hingewiesen, dass eine Verschiebung der Massnahme zusätzlich Kosten und CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen würde.

Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden und zwar aus folgenden Gründen: Erstens, Verschärfung der Parkplatzsituation: Die Aufhebung der Parkplätze wird die ohnehin prekäre Parkplatzsituation im Wettsteinquartier weiter verschärfen. Dies betrifft nicht nur die Anwohnerinnen und Anwohner, sondern auch die Gewerbetreibenden und Besucherinnen und Besucher, die auf Parkmöglichkeiten angewiesen sind. Die Antwort des Regierungsrates berücksichtigt diese Problematik nicht ausreichend.

Zweitens, ungleichmässige Verteilung der Begrünungsmassnahmen: Es ist unverständlich, warum in einem bereits stark begründeten Quartier wie in dem Wettsteinquartier zusätzliche Grünflächen geschaffen werden sollen.



Drittens, fehlende Berücksichtigung der Anwohnerbedürfnisse: Die Antwort des Regierungsrates zeigt wenig Verständnis für die Bedürfnisse der Anwohnerinnen und Anwohner, die auf ihr Auto angewiesen sind. Es wäre sinnvoll gewesen, die Umsetzung der Begrünungsmassnahmen auf den Zeitpunkt nach Abschluss aller Tiefbauarbeiten zu verschieben, um die Belastung für die Anwohnerschaft zu reduzieren.

Viertens mangelnde Koordination der Bau- und Verkehrsmassnahmen: Die Antwort des Regierungsrates betont die Koordination der Bauvorhaben, um unnötige Kosten und Emissionen zu vermeiden. Dennoch wird nicht ausreichend darauf eingegangen, dass die Fernwärmeanschlussarbeiten in den benachbarten Strassen in den nächsten Jahren weitere Parkraumaufhebungen mit sich bringen werden. Eine bessere Planung und Abstimmung der Massnahmen wäre notwendig gewesen, um die Belastung für die Anwohnerschaft zu minimieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Antwort des Regierungsrates die wesentlichen Bedenken und Bedürfnisse der Anwohnerschaft nicht ausreichend berücksichtigt. Ich bin deshalb, wie bereits erwähnt, mit der Antwort nicht zufrieden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

## **42. Interpellation Nr. 130 Christine Keller betreffend Umgang mit einem vom Grossen Rat definitiv bewilligten Budgetpostulat (Hundefreilaufzone Merkuranlage)**

[20.11.24 10:41:32, 24.5454.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist bereit, um zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Christine Keller (SP):* Alle, die denken, ach schon wieder die Hunde, möchte ich doch daraufhin weisen, dass die Regierung in ihrem Ratschlag zur Einführung der obligatorischen Hundekurse für Hundehalter ausgerechnet hat, dass wir immerhin pro Jahr 1,9 Millionen Gesundheitskosten einsparen durch die gesundheitsfördernden Effekte der Hundehaltung. Dazu kommt dann noch die Hundesteuer, die auch nicht ganz unerheblich ist bei 7'000 Hunden. Deshalb bin ich der Meinung, man soll und das wurde ja auch in diesem Ratschlag versprochen, wirklich etwas machen, dass die Hunde hier in Basel artgerecht leben und sich auch frei bewegen können. und dass die betreffenden Parke auch anständig aus gestattet sind. Dazu gehört selbstverständlich in erster Linie ein frisches Trinkwasser. Deshalb wurde das auch schon lange versprochen. Ich hatte dann Ende letztes Jahr Kontakt zur Stadtgärtnerei. Die Dame dort war ausgesprochen freundlich und hilfsbereit, das möchte ich da auch betonen, es wird ja oft genug nur gemeckert. Sie teilte mir die Kosten mit für diesen Trinkbrunnen, es war immer von einem Trinkbrunnen die Rede. Diese würden 30'000 betragen. Das schien einer Fraktion hier reichlich viel zu sein. Ich fragte deshalb noch einmal nach und man sagte mir doch, die Erfahrungswerte mit Grabung und so weiter seien 30'000. Seltsamerweise können Sie jetzt aber der Antwort entnehmen, dass es in Tat und Wahrheit nun 77'000 Franken kosten soll. Und das kann ja wohl nicht allein durch dieses kleine Nebenbecken verursacht sein, sondern die grossen Sachen sind natürlich die Bauarbeiten. Also das ist schon mal seltsam.

Dann wird gesagt, wir wollten immer einen Brunnen, der nicht nur im Sommer, sondern auch im Winter frisches Wasser bringt. Hunde müssen auch im Winter trinken, nicht nur im Sommer. Das wird gesagt, da käme ja nur ein Basiliskenbrunnen in Frage und dafür sei nicht der richtige Standort. Ich bitte um etwas mehr Fantasie. Es ist doch ganz sicher denkbar, einen Brunnen mit laufendem Wasser einzurichten, mit einem Nebenbecken, wie es jetzt ja auch vorgesehen ist für das Baden. Niemand verlangt einen Basiliskenbrunnen, dessen ästhetischen Wert die Hunde wohl nicht zu schätzen wüssten.

Dann ist die Antwort in gewissen Punkten nicht korrekt. Zum Beispiel gibt es halt nach wie vor keine Buddelstelle, diese stand nur ganz kurz zur Verfügung. Es ist nicht wahr, dass diese Forderung bereits erfüllt worden wäre. Und dann habe ich ja vor allem danach gefragt, warum man denn ganze drei Monate gewartet hat, bis man überhaupt mit der Planung und Ausführung begonnen hat, nachdem man ja wusste, dass das offenbar ein äusserst aufwendiges Verfahren mit Bewilligungen und Planungen ist, drei Monate nach der Bewilligung des Budgetpostulates, das, wie die Regierung auch schreibt, wenn immer möglich in diesem Jahr zu erfüllen war.

Diese Antwort ist doch interessant, man habe dafür eben zunächst die nötigen Ressourcen für all diese Arbeiten bereitstellen müssen. Also wenn halt schon die Bereitstellung von Ressourcen, bevor man überhaupt planen kann, schon drei Monate braucht, dann wundert es mich nicht, wenn wie in anderen Interpellationen heute thematisiert die Fristen halt nicht immer eingehalten werden können beim Bauinspektorat zum Beispiel. Also das verstehe ich nicht, vor allem darum nicht, weil die Antwort der Regierung auf das Budgetpostulat seinerzeit war, man sie sei ja gerade schon am Planen dieses Brunnens und dieses Budgetpostulat sei gar nicht nötig. Dann geht aber trotzdem schon mal drei Monate nichts, und zur Begründung sagt



man, man hätte halt eine einfache und nicht eine ganzjährig verfügbare Lösung geplant, deshalb habe man die andere Lösung nicht weiterverfolgt. Dabei geht eine ganzjährige Lösung ja offenbar nicht.

Ich bin deshalb mit der Antwort nur teilweise zufrieden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **43. Interpellation Nr. 50 Felix Wehrli betreffend Entstehung einer grossen Container-Asylbewerberunterkunft im Stettenfeld auf DEU-Seite (Lörrach-Stetten), direkt an der Landesgrenze zu Riehen**

[20.11.24 10:47:28, 24.5158.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist.

*Felix Wehrli (SVP):* Nachdem man aus der Presse erfahren musste, dass direkt an der Landesgrenze im Stettenfeld bei Riehen eine grosse temporäre Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber erstellt wird., stellen sich mir schon einige Fragen. und die habe ich ja auch gestellt. Es hat mich deshalb bestätigt, dass die Zusammenarbeit halt schon gelitten hat seit Corona und der Grenzschliessung. Man ist jetzt dabei, das zu verbessern, aber man hat keine Informationen halten, also der Regierungsrat keine Information erhalten, der Gemeinderat von Riehen hat keine Informationen erhalten, und das ist nicht normal eigentlich, weil die Zusammenarbeit vorher viel besser war. Ich muss sagen, das hat sich in der Zwischenzeit wieder etwas gebessert.

Wir haben ja auch die Oberrheinkonferenz, wo solche Sachen besprochen werden oder die direkten Kontakte nach Deutschland und vor allem nach Deutschland, das für uns einfach noch sehr wichtig ist. Ich habe keine andere Antwort erwartet, man wurde nicht informiert, aber ich bin mit der Antwort, so wie sie der Regierungsrat gegeben hat, zufrieden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **44. Interpellation Nr. 42 Eric Weber betreffend Vorfall bei der Basler Polizei**

[20.11.24 10:49:12, 24.5134.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Auch hier hat er Interpellant die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Die Interpellation ist eigentlich nicht beantwortet worden. Ich stelle nur 4 Fragen. Die Frage 1 war, wie viele Deutsche für die Basler Polizei arbeiten. Das ist eine ganz normale Frage, das erfährt man in anderen Parlamenten auch. Die Frage ist nicht beantwortet worden. Die Frage 2 lautete, wie viele Franzosen für die Basler Polizei arbeiten. Auch diese Frage ist nicht beantwortet worden. Und Frage 3 lautete, und das ist ganz wichtig, wie viele Menschen aus anderen Nationen für die Basler Polizei arbeiten. Ich bitte um eine genaue Auflistung. Ich frage mich dann schon, ob unsere Anfragen überhaupt noch gelesen werden. Es ist klar, wir haben in der Schule gelernt, dass ein Grossrat bezahlt wird, damit er die Regierung kontrolliert. Und es kann mir keiner einen Vorwurf machen, dass ich nichts mache für mein Geld.

Jetzt sind meine Fragen nicht beantwortet worden. Und das nennt sich Interpellation. Jetzt muss ich nächste Woche, wenn wir keine Grossratssitzung haben, wegen dieser Interpellation die Polizei anrufen, anschreiben und ich frage das die Polizei direkt. Ich möchte das wissen. Das sind normale Fragen, die die Personalabteilung eruieren kann, wie man das so schön sagt. Nächste Woche habe ich Zeit und werde der Polizei sagen, dass die Interpellation nicht beantwortet worden sei und ich wissen möchte auf dem Privatweg, wie viele Personen bei der Polizei arbeiten und aus welchen Ländern die Leute kommen.



Vor elf Jahren habe ich in der Zeitung gelesen, dass die Regierung meine Anfragen bewusst mit einem Satz beantworte. Aber das geht nicht. Ich bin gewählt. Und dann habe ich aber gelesen im gleichen Zeitungsartikel, dass die Regierung extra zwei Leute mehr angestellt habe, weil ich so viele Anfragen stelle. Und das werde ich jetzt nächste Woche privat abklären. Ich sehe, ich muss keine Interpellationen mehr machen. Es bringt einfach nichts, und ich muss auch nicht Grossrat sein. Aber wie gesagt, es ist einmalig, dass das nicht beantwortet wird.

Die 4. Frage ist beantwortet worden. Ich habe mich geärgert, dass man hier die Deutschen als Schwaben beschimpft hat, auf einem Cliquewagen, auf dem sich Regierungsrätin Stephanie Eymann hat abfotografieren lassen. Und ich habe ja gesagt, dass Schwabe ein Schimpfwort ist. Das wäre meine Antwort. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

#### **45. Interpellation Nr. 48 Eric Weber betreffend Peinlichkeit bei der Basler Polizei**

[20.11.24 10:54:14, 24.5152.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Auch mit dieser Antwort bin ich nicht zufrieden. Es sind Kinderausweise von der Polizei hergestellt worden, die dem echten Polizeiausweis ähnlich sehen, die Kinder gehen dann Polizei spielen. Ich habe ja nur gefragt, wie viele solche Polizeikinderausweise hergestellt wurden und zu welchem Betrag. Auch hier Fehlanzeige, man sagt mir nicht, wie viele Ausweise hergestellt worden sind und auch nicht, was das gekostet hat.

Ich komme zum Schluss. Ich war dann an der Berufsmesse, an der es ja auch um die Polizei geht, einen Tag vor der Grossratswahl. Ich bin dort zum Stand der Polizei gegangen. Ich mache keine Anfrage, aber was ich dort gesehen habe, was dort alles verteilt worden ist von der Polizei, für Tausende von Franken, teure Schokolade aus Deutschland und sonstige Sachen. Ich mache keine Interpellation mehr. Wie gesagt, ich bin mit dieser Antwort nicht zufrieden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **46. Interpellation Nr. 52 Beat K. Schaller betreffend Gendersprache in Verwaltung und Schulen des Kantons Basel-Stadt**

[20.11.24 10:56:24, 24.5166.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Beat K. Schaller (SVP):* Für meine Reaktion auf diese Nichtantwort des Regierungsrats musste ich doch einiges überlegen, um ein Wort zu finden, welcher der Würde dieses Hohen Hauses angemessen ist. Ich habe ich für respektlos entschieden. Dieses Schreiben des Regierungsrats ist eine Respektlosigkeit sondergleichen. Die Interpellation enthält eine Reihe von konkreten Fragen, welche in einleitenden Sätzen klar begründet sind. Der Regierungsrat ist nicht willig, die Fragen zu beantworten, sondern er ergeht sich in Allgemeinplätzen. Das bewährte Schema einer Interpellationsantwort mit Einleitung und konkreten Antworten auf die konkreten Fragen, hat er als unnötig erachtet. Mit ein paar lapidaren Sätzen wird das Thema beiseite gewischt und mit einem gewählten Volksvertreter auf solche Art verbal den Mittelfinger zu zeigen, erachte ich als respektlos und einem Basler Regierungsgremium nicht angemessen. Lesen Sie die Antwort durch, dann werden Sie verstehen, warum ich so verärgert reagiere.

Diese Nichtantwort zeigt beim ganzen Themenbereich Gender, Woke, Geschlechtsidentität, dass der Diskurs verweigert wird, und leider schwimmt auch der Regierungsrat in diesem zeitgeistigen Wasser und wischt Fragen, die nicht in seinen Baukasten passen, einfach beiseite. Er erachtet die Fragen nicht einmal einer Antwort würdig.



Ich habe zum Beispiel nicht nur nach der Verwendung von Sonderzeichen in der Verwaltung sondern auch in den Schulen gefragt, und zu den Schulen äussert sich der Regierungsrat nicht. Ich habe gefragt, wie er den Einfluss der Gendersprache auf das Erlernen, Verstehen und Anwenden des Deutschen für nichtmuttersprachlich Deutsche beurteilt, und er gibt keine Antwort. Mit anderen Worten, der Regierungsrat findet diese Frage anscheinend zu blöd, als dass er sie beantworten will. Das darf er so finden, aber dann soll er das bitte auch so sagen.

Ich habe auch eine Mail aus dem Präsidialdepartement erwähnt. Die Begrüssungsformel lautet: Sehr geehrte Damen bis Herren. Das ist eine Formulierung aus dem urgenderistischen Sprachbaukasten. Eine meiner Fragen dazu war, wo der Regierungsrat die Grenze zieht zwischen Sprachregelung und politischer Einflussnahme. Er hat sich als unwillig erwiesen, auf diese Frage eine Antwort zu geben. Und er soll jetzt nicht nachträglich kommen und sagen, er habe nicht genügend Zeit gehabt, darauf zu antworten. Wenn dem so wäre, dann hätte er es ja schreiben können in seiner Antwort.

Dass der Regierungsrat unwillig ist, in der Genderpolitik kritische Fragen genauso detailliert zu beantworten wie unkritische, spricht Bände. Er verschwendet lieber in seiner Verwaltung Zeit und Geld, um politische Pamphlete zu erstellen, welche die Transideologie in unsere Schulzimmer hineindrücken, wie wir diese Woche gesehen haben. Aber eine Antwort auf kritische Genderfragen, dagegen verweigert er sich. Das ist bezeichnend für den öffentlichen Umgang mit diesem Thema. Ich verspreche Ihnen, ich bleibe am Ball.

Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

#### **47. Interpellation Nr. 53 Brigitte Kühne betreffend Quartiers-Abendmärkte**

[20.11.24 11:00:56, 24.5169.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Brigitte Kühne (GLP):* Seit eineinhalb Jahren gibt es einen Abendmarkt auf dem Rütimyerplatz, eine wahre Bereicherung für unseren Rütimyerplatz und für das Quartierleben. Der Clou daran ist, dass das Initiativkomitee aus freiwilligen Quartierbewohnerinnen und -bewohnern, besteht, die sich mit viel Freude und grossem Engagement um die nötigen Bewilligungen, den Kontakt zu den Anbietenden und die Organisation kümmern.

Ja, es ist nicht ganz einfach, den Spagat zwischen Markt und gemütlichem Beisammensein zu schaffen. Aber ich hoffe doch sehr, dass die Bürokratie dem so wichtigen sozialen Kontakt in den Quartieren keine Streiche spielen wird. Es ist nun klar, das Vollzugsproblem ist da, lösen wir es auf gesetzlicher Ebene, so wie dies in der Antwort des Regierungsrates geschrieben steht. Der Wille der Involvierten der unterschiedlichen Quartiers- und Feierabendmärkte ist definitiv da, der politische Wille in Kürze hoffentlich ebenso. Ich bin mit der Antwort zufrieden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **48. Interpellation Nr. 58 Nicole Amacher betreffend Anpassung des betriebsrechtlichen Existenzminimums**

[20.11.24 11:02:45, 24.5186.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Nicole Amacher (SP):* Die Interpellation ist schon etwas älter, aber sie hat an Brisanz überhaupt nicht verloren. Im Gegenteil, es spitzt sich nämlich die Situation jetzt wieder zu, weil wir wissen, dass die Krankenkassenprämien sich nochmals erhöhen



werden. Ich bin klar nicht zufrieden mit der Antwort der Aufsichtsbehörde über das Betreibungs- und Konkursamt Basel-Stadt am Zivilgericht und die obere Aufsichtsbehörde am Appellationsgericht. Das sind nämlich die zuständigen gerichtlichen Organe und somit in Basel-Stadt zuständig für die Festlegung des betreibungsrechtlichen Existenzminimums.

Diese können nämlich das betreibungsrechtliche Existenzminimum sofort der Teuerung anpassen, wenn sie dies denn nur wollten. Sie sagen aber in ihrer Antwort, und das ist ein Zitat: «Ein Alleingang in einem Kanton wird allerdings als nicht sinnvoll erachtet, da ein Bundesgesetz im Sinne der Gleichbehandlung schweizweit möglichst einheitlich angewendet werden sollte.» Das verstehe ich wirklich nicht, denn das steht im klaren Gegensatz zu dem, was der Bundesrat in der Beantwortung der Motion Rossini festhält, nämlich: «Anlässlich der letzten grossen Revision des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs, die im Januar 1997 in Kraft trat, wurde darauf verzichtet, den betreibungsrechtlichen Notbedarf im einzelnen gesetzlich zu regeln oder das Bundesgericht für den Erlass gesamtschweizerischer Richtlinien für zuständig zu erklären.» Interessant ist, dies wurde vom Bundesrat damit begründet, dass zum einen gesamtschweizerische Ansätze den regionalen Unterschieden hinsichtlich der Lebenskosten zu wenig Rechnung getragen werden könnten, und zum anderen wurde befürchtet, dass eine detaillierte Regelung des Notbedarfs im Gesetz, und das ist wirklich interessant, schon bald überholt wäre.

Ich erkläre mich also, wie ich eingangs schon gesagt habe, klar nicht zufrieden mit Beantwortung und fordere, dass die zuständigen Aufsichtsbehörden ihre Haltung im Sinne der von Lohnpfändung Betroffenen nochmals zu überdenken und das betreibungsrechtliche Existenzminimum jetzt endlich der Teuerung anzupassen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **49. Interpellation Nr. 97 Eric Weber betreffend ständige Pannen im Basler Wahlbüro**

[20.11.24 11:05:43, 24.5329.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant erklärt, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Auch hier bin ich mit der Antwort nicht zufrieden. Als Grossrat hat man gewisse Rechte und Pflichten und das Wahlbüro müsste eigentlich den Abgeordneten zu Füssen liegen und einen Grossrat nicht auf WhatsApp, wie es tatsächlich passiert ist, blockieren. Ich komme zur Interpellation. Auch da stelle ich fest, dass ich nicht der einzige bin, der mit den Antworten unzufrieden ist, sondern auch meine Vorredner. Die Antwort ist ganz kurz, da steht: Die Partei des Interpellanten wünscht als ja einzige einen Ausdruck der Wahlvorschlagsformulare, um diese von Hand auszufüllen. Das Formular war korrekt. Der Fehler lag beim Drucker angeblich.

Es hat einen Infotag gegeben im April. Ich war da gerade nicht anwesend., Ich hätte sofort gemerkt, dass das Formular nicht richtig ist, dass auf dem Formular ein Satz fehlt. Dann habe ich die falschen Formulare ausgefüllt und habe den Fehler gemerkt. Dann sagt das Wahlbüro, es müsse alles neu gemacht werden und da habe ich gesagt, ich könne ja nicht alles neu ausfüllen, ich würde einfach den fehlenden Satz mit Hand dazuschreiben. Aber da sind wirklich unklare Verhältnisse im Wahlbüro, bei denen man dann selbst als Grossrat nicht weiss, ob das eigene Wahlformular gültig ist oder nicht.

Darum habe ich diese Interpellation gemacht. Ich bitte einfach um mehr Dienstleistungen auch vom Wahlbüro, dass man da nicht immer betteln muss, wenn man etwas will.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

#### **50. Interpellation Nr. 99 Heidi Mück betreffend Platz für Boule-Spiel und weitere unkommerzielle Aktivitäten auf dem Vorplatz vor dem K-Haus**

[20.11.24 11:08:56, 24.5331.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat das Wort, um zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.



*Heidi Mück (GAB):* Die Antwort des Regierungsrats auf meine Interpellation erweckt irgendwie den Anschein, als sei jetzt alles gut für die Boulespieler:innen vor dem K-Haus. Das ursprüngliche Gesuch wurde zurückgewiesen und die Fläche von 210 m<sup>2</sup> auf 53 m<sup>2</sup> reduziert. Nun ist es aber leider nicht so, dass jetzt alles gut ist. Auch mit einer kleineren Fläche für die Gelateria wäre das Boule-Spielen stark eingeschränkt, denn es braucht ja einerseits einen gewissen Sicherheitsabstand zu den Spielenden, weil ja immerhin Metallkugeln mit einigem Gewicht herumfliegen, andererseits sind je nach Wetter mehrere Gruppen am Spielen. Und es werden auch Spassturniere organisiert, alles Aktivitäten, die verdrängt werden, wenn zu wenig Spielfläche vorhanden ist.

Der Vorplatz des K-Hauses ist ein gern genutzter und unkommerzieller Freiraum, dazu gehört auch das sogenannte Stadtfenster, das nach dem ursprünglichen Konzept des K Hauses ein niederschwelliger Ort für Aktivitäten der Quartierbevölkerung sein soll. Jetzt heisst es aber, dass der Betrieb an die Nachfrage angepasst werden soll, was auch eine allfällige Anpassung der Nutzung des Stadtfensters bedeuten soll. Und da stelle ich mir halt schon die Frage, ob die Betreiber des K-Hauses wirklich verstanden haben, was niederschwellig heisst. Oder vielleicht haben sie es schon verstanden, aber sie haben schliesslich nicht die Mittel, also den finanziellen Spielraum, um die Möglichkeiten niederschwellig, und das heisst halt eben auch zu günstigen Bedingungen, für die Quartierbevölkerung anzubieten.

Ich stelle mir auch die Frage, ob es wirklich eine weitere Gelateria am Rheinufer braucht, ob die vielen Buvetten, die auch Gelati verkaufen, nicht einfach genügen und die Allmend Allmend bleiben soll. Ich erinnere mich, dass zu Beginn nicht die Rede davon war, noch ein Gastrounternehmen im K Haus zu platzieren. Bei der Bespielung des K-Hauses ist vieles im Argen, und nicht nur auf der Aussenfläche. Es gab viele Versprechungen im Vorfeld. Wir erwarten eigentlich immer noch, dass das Projekt zum Fliegen kommt, um die finanziell schwierige Lage zu stabilisieren wird aber immer mehr auf fixe Vermietungen gesetzt. Ob das der Idee eines Hauses voller Möglichkeiten entspricht, das ist wirklich die Frage.

Aber zurück zum Bereich, der meine Interpellation berührt. Es wurde erneut Einsprache gegen das korrigierte Gesuch eingereicht und ich finde das eigentlich richtig. Der Vorplatz vor dem K Haus wird rege genutzt, für vielfältige, unkommerzielle Aktivitäten und er ist damit ein wichtiger sozialer Treffpunkt für ein breites Publikum. Diese Nutzung ist für mich höher zu gewichten als die kommerziellen Interessen, die hier vorherrschen. Deshalb erkläre ich mich für nicht zufrieden mit dieser Antwort.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **51. Interpellation Nr. 100 Patrizia Bernasconi betreffend gesetzwidrige und mietfeindliche Grundhaltung der Basler Regierung gegenüber einzelnen bundesrätlichen Mieterschutzmassnahmen**

[20.11.24 11:12:34, 24.5332.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellation hat das Wort um zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Patrizia Bernasconi (GAB):* In den letzten 20 Jahren sind die Mietzinsen um 24 Prozent gestiegen, obwohl sie hätten sinken müssen. Studien belegen, dass die Mieter:innen allein im Jahr 2023 rund 10,6 Milliarden Franken zu viel Miete bezahlt haben. Die Umverteilung zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen beträgt also im Jahr 2023 durchschnittlich 4'350 Franken pro Wohnung. Das sind 360 Franken pro Monat. Das liegt unter anderem auch daran, dass die Vermieterseite die missbräuchliche Praxis der Kostensteigerung anwendet. Diese Praxis habe ich bereits mehrfach bei der IBS kritisiert und anders als in der Interpellationsbeantwortung fälschlicherweise behauptet wird, habe ich diese Kritik auch in meiner 20-jährigen Tätigkeit als ordentliche Schlichterin in der Schlichtungsstelle gemeinsam mit meinen mieterseitigen Kolleg:innen ständig eingebracht.

Gerade diese langjährige missbräuchliche Praxis der Schlichtungsstelle führt dazu, dass auch bei Mietzinssenkungen in Folge sinkender Referenzzinssätze die Vermieter:innen automatisch 1 Prozent pro Jahr verrechnen, obwohl diese Pauschalisierung missbräuchlich ist. Das bedeutet, dass Mieter:innen, die sich nicht wehren oder sich nicht gewährt haben beziehungsweise die ungenügende Senkung nicht angefochten haben, einen missbräuchlichen Mietzins bezahlen. Die beiden Referenzzinssatzerhöhungen im Jahr 2023 haben zusammen mit den missbräuchlichen Kostensteigerungspauschalen zu massiven Mietzinserhöhungen geführt. Wer sich nicht gewährt hat, wird diese missbräuchlichen erhöhten Mietzinsen für immer bezahlen müssen.



Aufgrund der massiv gestiegenen Wohnkosten will der Bundesrat nun endlich eine Minirevision vornehmen. Diese sieht unter anderem vor, dass die missbräuchliche Pauschalisierung ausdrücklich als unzulässig bezeichnet wird. Es ist mir deshalb absolut unverständlich, dass der Regierungsrat in der Vernehmlassung an der missbräuchlichen Pauschalisierung, die sogar vom Bundesgericht nicht gutgeheissen wird, festhalten will und damit missbräuchliche Mietzinse nicht nur duldet, sondern geradezu fördert. Dies wird auch in der Beantwortung meiner Interpellation so festgehalten. Er sollte aber dafür sorgen, dass die Mietzinsen für alle Mieter:innen korrekt festgelegt werden und nicht nur für diejenige, die sich vor der Schlichtungsstelle wehren.

Ich bin über die Beantwortung meiner Interpellation durch den Regierungsrat sehr enttäuscht. Meine differenzierten Fragen wurden überhaupt nicht beantwortet. Dazu hätte die Regierung genügend Zeit gehabt. Die Interpellation wurde bereits im Juli eingereicht und der Regierungsrat antwortet schriftlich. Der Output ist gelinde gesagt mickrig. Ich kann am Schluss nur nochmals festhalten, dass der Regierungsrat eine Politik führt, die klar gegen die berechtigten Interessen aller Mieter:innen gerichtet sind, eine Politik, die deutlich missbräuchliche und steigende Mietzinsen duldet und sogar fördert. Und gerade jetzt, da nach zwei Erhöhungen des Referenzzinssatzes eine Senkungsrunde bevorsteht, wäre ein korrekter, nicht missbräuchlicher Umgang mit Pauschalen ganz wichtig. Ich bin mit der Beantwortung überhaupt nicht zufrieden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **52. Interpellation Nr. 109 Jo Vergeat betreffend nach Bscene Pause und Gässli Filmfestival aus – wo bleibt das Festivalkonzept?**

[20.11.24 11:16:28, 24.5374.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat das Wort um zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Jo Vergeat (GAB):* Ich nehme es vorweg, ich bin teilweise zufrieden. Ich bin sehr froh, dass der Regierungsrat den Standortfaktor anerkennt, aber auch die kulturelle und gesellschaftliche Bedeutung unserer Festival-Vielfalt in der Stadt. Und ich bin auch froh, dass die Abteilung Kultur jetzt schon sehr viel macht, um Festivals in Schwierigkeiten zu begleiten und sie zu unterstützen. Ich finde dieses Engagement toll und ich finde es sehr spürbar. Was mich nicht so zufrieden macht, ist, dass wir auf dieses Festival-Konzept schon sehr lange warten. Es sind sehr wichtige Fragen, die sich uns stellen, die sich der dem ganzen Kanton Basel-Stadt stellen darüber, welche Festivals wir eigentlich finanzieren wollen, wer da mitfinanzieren soll. Die ganze Frage um die Gratiskultur ist eine, die immer wieder aufflammt und ganz viele Diskussionen hervorbringt. Ich glaube, es ist uns gut angetan, wenn wir uns als Kanton oder sich eben die Regierung einen Plan macht, was wir wie fördern wollen, damit wir auf diese Herausforderungen, die immer mehr werden – man sieht bei jeder Festivalanfrage, dass die Kosten steigen, dass die Schwierigkeiten grösser werden – reagieren können und man auch ganz gut weiss, was man antwortet und welche Pläne man hat in diesem sehr grossen Bereich.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **53. Interpellation Nr. 110 Fleur Weibel betreffend ESC in Basel - eine grosse Chance!**

[20.11.24 11:18:14, 24.5378.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht. Die Interpellation ist erledigt.



## 54. Interpellation Nr. 116 Luca Urgese betreffend Wohnraumentwicklungsstrategie

[20.11.24 11:18:20, 24.5390.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat das Wort, um zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Luca Urgese (FDP):* Ich danke für die ausführliche Beantwortung meiner Interpellation. Ich denke, man kann daraus vier Punkte festhalten: 1. Der Regierungsrat bestätigt, dass die Umsetzung der Wohnraumentwicklungsstrategie einseitig erfolgte. Alle im Schreiben aufgeführten Schritte des Regierungsrates, Verankerung des Zielwerts preisgünstiger Wohnraum im Richtplan, Zielwert 25 Prozent Genossenschaftswohnungen, neue Wohnbaustiftungen, Wohnbauprogramm 1'000 Plus usw., bedienen Pfeiler 1 und Pfeiler zwei der Strategie, nämlich die Förderung des gemeinnützigen Wohnangebots und die Unterstützung von Menschen auf dem Wohnungsmarkt. Konkrete Schritte und Erfolge um Pfeiler 3, also die Rahmenbedingungen für private Investitionen zu verbessern, kann der Regierungsrat nicht nennen.

2. Die Zahlen zur Wohnbautätigkeit verschleiern die Realität der letzten Jahre. Die Studie des Instituts Sotomo vom Mai 2024 zum Potenzial von Transformationsarealen für Basel bringt das so auf den Punkt: «Tatsächlich zeigt sich hier jedoch bei der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung und vor allem auch beim Wohnungsbau eine unterdurchschnittliche Entwicklung. Dies hat unter anderem zur Folge, dass der Anteil junger Erwachsener und Familien in Basel-Stadt im Städtevergleich zurückfällt. Junge Erwachsene und junge Familien sind aufgrund ihrer veränderten Lebenssituation auf freie Wohnungen angewiesen. Aufgrund der eher schwachen Wohnbaudynamik und dementsprechend bewegungsarmen Wohnungsmarkt finden diese Bevölkerungssegmente oft keinen geeigneten Wohnraum in der Stadt.» Dieses Malaise ist auch die Folge der einseitigen Politik. Der Regierungsrat hat es verpasst, ausgleichende Schritte zu definieren und umzusetzen, welchem Neubau die negativen Auswirkungen der restriktiven Wohnschutzgesetzgebung hätten kompensieren können und damit die Dynamik auf dem Wohnungsmarkt zu erhalten.

3. Der Regierungsrat verschleiern die tatsächlichen Probleme bei den Grossprojekten. Die kantonale Verwaltung sei laufend bestrebt, die Planungsprozesse zu optimieren. So würden zum Beispiel im BVD für grössere Arealentwicklungen mit neuer Erschliessungen und Allmend spezielle Organisationsform geschaffen, die eine effizientere Koordination der beteiligten Fachstellen ermöglichen. Wer mit Arealentwicklern und Verwaltungsangestellten redet, erhält ein ganz anderes Bild, ein Bild der Überforderung, der fehlenden Koordination und der Unklarheit von Verantwortlichkeiten. Ein jüngstes Beispiel: Die Berichterstattung zu den Standortbelastungen auf dem Klybeckareal. Hier ist das Problem nicht die Sache selber, sondern die defensive, unkoordinierte und lückenhafte Kommunikation der politisch Verantwortlichen.

4. Es ist positiv, dass der Regierungsrat eine neue Strategie entwickeln will. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass es eine neue Wohnraumentwicklungsstrategie braucht. Diese soll bis Ende 2025 vorliegen. Das ist eine Chance. Ich wünsche mir, dass nach Jahren der einseitigen Fixierung auf den preisgünstigen Wohnungsbau endlich auch konkrete Schritte erfolgen, um private Investitionen zu erleichtern. Ja, das ist die Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens durch eine digitale Lösung, aber ausgewogene Wohnraumentwicklung, welche wieder eine gute Dynamik in den Wohnungsmarkt bringt, geht weit darüber hinaus. Es braucht die Klärung bei der Mehrwertabgabe, wie sie Kollege Hug bereits in seiner Interpellation angemahnt hat, und es braucht gerade mit Blick auf den Klimaschutzaktionsplan, gute Ideen und gesunden Pragmatismus, um den Zielkonflikt zwischen gewünschten und notwendigen Investitionen auf der einen und Dekarbonisierungskosten auf der anderen Seite nicht einseitig zu lösen, und die Dynamik nicht abzuwürgen. Mit der Antwort erkläre ich mich teilweise zufrieden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist teilweise zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

## 55. Interpellation Nr. 119 Eric Weber betreffend Verschwendung von Steuergeld

[20.11.24 11:22:26, 24.5402.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat das Wort.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Weil ich gerade zweimal drankomme, sage ich bereits dass ich mit der Antwort zur Interpellation betreffend Steueramt im Stress zufrieden bin. Darum jetzt nur noch zu dieser letzten Interpellation, die es aber in sich hat.



Auch da sind Fragen nicht beantwortet worden. Ich werde darum nächste Woche bei der Mustermesse persönlich vorbeigehen. Ich würde die Mustermesse anrufen, ich will die Mustermesse anschreiben und ich werde fragen, wie viel Geld hat die Mustermesse Basel bekommen hat für den 3. März 2024, Wahlzentrum. Ich werde auch fragen, wie viel Geld sie bekommen haben am 7. April 2024. Diese Fragen sind alle nicht beantwortet worden.

Das Geld ist weg. Der Kanton hat die Mustermesse bezahlt. Die Sache ist nicht in Ordnung und es ist einfach zu gross in der Mustermesse und es ist überdimensioniert. Auch jetzt am 24. November. Es geht um eine Wahl, die uns beschäftigt, wer Regierungsrat wird. Das kann man im Rathaus verkünden. Da muss man nicht die Mustermesse mieten für 35'000 Franken. Wenn man sparen will, kann man sparen, aber das Geld wird einfach hinausgeschossen. Ich will nicht wissen, was die Regierungsratswahl am 3. März und am 7. April 2024 gekostet haben. Und in dieser Interpellation habe ich gefragt, warum wir es nicht im Rathaus machen können. Das Rathaus ist gratis, das gehört dem Kanton.

Ich habe dann die Antwort gelesen von der Regierung. Meine Fragen sind nicht beantwortet worden, was der Kanton an die Mustermesse gezahlt hat. Ich habe die gleiche Frage gestellt, was der Kanton bezahlt hat an die Mustermesse wegen dem Corona-Parlament. Ich war auch dabei, am Anfang dieser Legislatur haben wir über ein Jahr in der Mustermesse getagt. Und darauf hat die Regierung dann geantwortet, so und so viele 1000 Franken und ich habe gestaunt, es war ja fast so viel Geld wie wir Sitzungsgeld bekommen haben für einen Sitzungstag, so viel Geld ist gerade noch zusätzlich an die Mustermesse gegangen. Aber das ist eine andere Geschichte.

Ich komme zum Schluss. Die Regierung schreibt dann eigentlich nur noch zum Thema von mir und da muss ich widersprechen, die Aussage der Regierung stimmt nicht. Ich habe so ein Schreiben noch nie bekommen und ich gebe zu Protokoll, was da die Regierung sagt, ist eine falsche Aussage. Ich beziehe mich auf den Satz: «Nachdem die Staatskanzlei den Interpellanten wiederholt vergeblich aufgefordert hat, auf die Störmanöver zu verzichten» – ich bin noch nie im Vorfeld vor dem 20. Oktober 2024 von der Regierung aufgefordert worden, mündlich oder per Brief, ich soll auf etwas verzichten. Also diese Aussage stimmt nicht. Darum muss ich auch da sagen, ich bin mit dieser Antwort der Regierung nicht zufrieden und nicht einverstanden, weil hier sogar mit Falschaussagen gehandelt wird.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **56. Interpellation Nr. 126 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend ist die Basler Praxis bezüglich Wohnschutz kompatibel mit dem BGE betreffend Mietzinserhöhungen bei Renovationen?**

[20.11.24 11:27:42, 24.5440.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist. Er verzichtet. Die Interpellation ist damit erledigt.

## **57. Interpellation Nr. 77 Melanie Nussbaumer betreffend mehr Ressourcen für Kinder und Jugendliche in einer Krise**

[20.11.24 11:28:03, 24.5233.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht. Die Interpellation ist erledigt.

## **58. Interpellation Nr. 69 Eric Weber betreffend Steueramt im Stresstest**

[20.11.24 11:28:17, 24.5218.02]



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat erklärt, dass er mit der Antwort zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

## **59. Antrag Luca Urgese und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Ausweitung der Definition von Familienbetrieben**

[20.11.24 11:28:36, 24.5408.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde damit kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Antrag auf eine Standesinitiative dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

## **60. Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative zur Reduktion von unnötigen Kurzstreckenflügen**

[20.11.24 11:29:07, 24.5411.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist auch hier bereit, den Antrag entgegenzunehmen. Es gibt Personen, die sich melden, um das Wort zu ergreifen. Machen Sie das bitte als Einzelsprecher. Lorenz Amiet hat sich gemeldet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Die Fussballfans unter Ihnen erinnern sich vielleicht an das Tor von Mohamed Dräger gegen YB: Flanke von Rechts, Volley genommen, scharf unhaltbar in den Dachhimmel des Tors. Dummerweise nur ins falsche Tor. Genau die Szene ist mir in den Sinn gekommen, als ich diesen Antrag auf die Standesinitiative durchgelesen habe und ich erkläre Ihnen gerne, warum.

Wenn man Flüge penalisieren will, die ab der Schweiz abfliegen, dann trifft das Zürich, dann trifft das Genf, dann trifft das Basel nicht, weil Sie in Basel mit französischen Flugrechten auf der gleichen Piste, ab dem gleichen Gate, mit dem gleichen Fluggerät zur gleichen Destination fliegen können. Und mit dieser einfachen Massnahme umschiffen sie jegliche Penalisierung, jegliche allfällig eingeführte CO<sub>2</sub>-Abgabe oder andere Steuer auf Flugverkehr, welche die Schweiz einführt.

Was hat das zur Folge? Das hat zur Folge, dass insbesondere Billigfluglinien oder Charter-Linien, die heute noch Zürich anfliegen, dann halt auf Basel ausweichen werden und mit französischen Flugrechten wesentlich günstiger nach Pristina oder anderswohin fliegen werden. Das Ziel, dass man ab Basel weniger Fluglärm hat, erreichen Sie mit einer solchen Massnahme definitiv nicht, sondern wenn etwas, dann das Gegenteil. Kommt dazu, dass die aufgelisteten Destinationen in diesem Antrag allesamt mit der Ausnahme von Venedig mit dem leisest möglichsten, kleinsten und damit auch umweltfreundlichsten Fluggeräte angefliegen wird. Also das heisst, die Massnahmen, die Sie erreichen wollen, erreichen Sie ganz sicher nicht mit den Destinationen, die Sie hier auflisten. Was sind das für Destinationen? zum Beispiel Frankfurt, zum Beispiel Paris. Schon heute fliegt niemand nach Frankfurt oder Paris, der nach Frankfurt oder Paris will. Sie reisen bequemer, günstiger und schneller mit dem Zug. Dann nehmen Sie sicher nicht das Flugzeug, ich auch nicht. Das heisst, hier müssen Sie gar keine Massnahmen ergreifen. Warum gibt es trotzdem Flüge in diese Städte und nach Amsterdam und nach München? Das sind Anschlussflüge für Passagiere, die anschliessend einen Langstreckenflug nehmen, zum Beispiell nach S. Francisco für die Basler Chemie, zum Beispiel nach Shanghai oder anderswohin. Da müssen Sie diesen Anschlussflug nehmen, weil Sie, wenn Sie auf dem Zug sind und den Flug verpassen, weil die Bahn nicht pünktlich ist oder weil Sie bei der Passagierkontrolle bei der Sicherheitskontrolle zu lange anstehen müssen oder wenn Sie das Gepäck abgeben müssen in Paris oder Frankfurt oder München, zu lange anstehen müssen, dann einen Tag verlieren und nicht ein oder zwei Stunden. Und dieses Risiko gehen Sie insbesondere als Geschäftsfliegender mit Sicherheit nicht ein.



Ich habe die Zahlen gesehen. Bei diesen Destinationen, die ich jetzt aufgezählt habe, sind über 90 Prozent der Passagiere Umsteigepassagiere. Es sind noch knapp 10 Prozent Leute, die dann tatsächlich in Paris oder Frankfurt oder München bleiben. Ich kann Ihnen sagen, selbst wenn diese 10 Prozent nicht fliegen würden, würde genau die gleiche Anzahl Flugzeuge und die gleich grossen Flugzeuge in diese Städte fliegen. Wenn Sie jetzt also das tatsächlich mal probieren wollen und mit dem Zug nach Paris Charles-de-Gaulle gehen, um dann dort den Langstreckenflug zu nehmen, dann sprechen wir von zusätzlichen vier bis fünf Stunden, zusätzlich zum Risiko, dass Sie dann je nach dem den Flug verpassen. Und das können Sie weiss Gott niemandem zumuten. Ja, dem, der nach Paris will, können Sie das zumuten und der nimmt heute schon, wie ich erklärt habe, den Zug.

Sie erreichen also mit dieser Standesinitiative das pure Gegenteil von dem, was sie erreichen wollen und deshalb bitte ich Sie sehr, ersparen Sie uns den Umsteigeverkehr ab Zürich oder den Ausweichverkehr ab Zürich hier in Basel und ersparen Sie uns dieses Eigentor, weil Eigentore sind schön anzusehen, aber in aller Regel erreichen Sie das Gegenteil von dem, was sie bezwecken.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Ich versuche mich auch an einem bildlichen Vergleich, um das Problem darzulegen. Stellen Sie sich vor, Sie möchten ein Leck in einem Wasserrohr reparieren, doch statt das Loch zu stopfen, drehen Sie den Wasserhahn weiter auf. Genau das würde eine Lenkungsabgabe am binationalen Flughafen Basel Mulhouse bewirken.

Die Idee ist nicht neu. Bereits im abgelehnten CO<sub>2</sub>-Gesetz war eine Ticketabgabe enthalten. Das Schweizer Stimmvolk hat diese jedoch zurückgewiesen. Einer der Gründe ist, dass solche Abgaben in einem Umfeld wie dem EAP ins Leere greifen. Flüge könnten problemlos auf französisches Verkehrsrecht wechseln, wie nicht nur der EAP selbst, sondern auch Airlines wie Easyjet bestätigt haben. Für die Passagiere ändert sich nichts. Sie fliegen weiter nur unter französischer Gesetzgebung. Lorenz Amiet hat es bereits erwähnt.

Doch die Folgen reichen weiter. Statt weniger Flugverkehr am EAP würde Mehrverkehr entstehen. Die Abgabe würde den Standort Basel Mulhouse im Vergleich zu Zürich und Genf kostengünstiger machen, was zu einer Verlagerung von Flugbewegungen führen könnte. Ausgerechnet eine Massnahme, die den Flugverkehr reduzieren soll, würde ihn an anderen Ort steigern. Ein Blick nach Frankreich zeigt, dass selbst deren Flugverbot für Kurzstreckenflüge enge Grenzen hat. So gilt dieses Verbot nur, wenn eine Zugverbindung von unter 2,5 Stunden verfügbar ist. Zudem sind wichtige Drehkreuze wie Paris Charles-de-Gaulle explizit ausgenommen, da sie klassische Umsteigeflughäfen sind. Genau das Gleiche trifft auf den EAP zu. Bis zu 90 Prozent der Passagiere auf Destinationen wie Paris Charles-de-Gaulle, München oder Frankfurt sind Umsteigepassagiere, die keine Alternative zur Luftfahrt haben. Die Destination Paris Orly hingegen, die keine solche Umsteigefunktion hat, wird seit Jahren nicht mehr bedient. Ein klarer Hinweis, dass gute Zugverbindungen wie jene des TGW bereits heute Fluggäste auf die Schiene bringen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, der Versuch mit einer Lenkungsabgabe am EAP einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, gleicht dem Versuch, Wasser mit einem löchrigen Eimer zu transportieren. Statt ineffektive Massnahmen aus der Mottenkiste des abgelehnten CO<sub>2</sub>-Gesetzes wiederzubeleben, sollten wir in den Ausbau einer lenkungsfähigen, grenzüberschreitenden Bahninfrastruktur investieren. Das ist nachhaltig sinnvoll und bringt den gewünschten Klimanutzen. Deshalb bitte ich Sie, die Überweisung der Standesinitiative nicht zu unterstützen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Raphael Fuhrer.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Dem Grünalternativen Bündnis sind solche Kurzstreckenflüge schon lange ein Dorn im Auge, natürlich aus Klimasicht, aber auch wenn wir den Lärm am Startort und übrigens dann auch wieder am Zielort anschauen für die Bevölkerung. Wir möchten sowohl die Klimabelastung wie auch den Lärm für die Bevölkerung reduzieren.

Frankreich hat ja bereits eine Abgabe auf gewisse Flugverbindung. Das Argument, dass wir in der Zwickmühle sind bei uns wegen Schweizer Recht und französischem Recht, das sich überschneidet, und dass die Fluggesellschaften dann einfach ausweichen können dort, wo es finanziell attraktiver ist, geht nur insofern auf, indem Frankreich die Abgaben vielleicht viel billiger machen würde als die Schweiz. Aber wir haben im Moment ja noch gar keine und wir können uns an Frankreich orientieren, dass dieses Spiel dann eben nicht gehen kann. Das wird ja im Antrag auch so erwähnt.

Machen wir uns nicht vor, wenn nur noch Leute ab dem Euroairport fliegen würden, die einen Anschlussflug irgendwo in Europa hätten, dann wären wir bei einer ganz anderen Anzahl Flugbewegungen ab unserem Flughafen. Der mit Abstand grösste Teil der Leute, die ab unserem Flughafen fliegen ist im Bereich Leute besuchen und auch Freizeitverkehr, und das sind mit Abstand Destinationen, die angefliegen werden, weil man dort vor Ort etwas machen möchte, weil man in Barcelona



Sonne im Winter auftanken möchte, weil man in London an ein Konzert geht übers Wochenende oder in Berlin im Ausverkauf noch etwas einkaufen möchte. Das ist der Hauptteil dieser Strecken, die ab unserem Flughafen geflogen werden und die dann lärmässig und klimamässig zu Buch erschlagen. Dagegen kann man etwas tun, und wir vom GAB finden, dass man diese Diskussion wieder aufnehmen muss. Darum unterstützen wir den Antrag von Tobias Christ.

*Lorenz Amiet (SVP):* Wie hoch ist die Abgabe, die bei einem Air France-Flug nach Charles-de-Gaulle mit Umsteigeverbindung erhoben wird?

*Raphael Fuhrer (GAB):* Es fällt am Ende nicht ins Gewicht und Frankreich ist sicher nicht in dem Sinn ein Vorbild, dass dies das Ende der Fahnenstange sein muss. Aber sie sind den ersten Schritt gegangen und ich glaube, es wird einfacher für Gesamteuropa eine Lösung zu finden, wenn wir als Schweiz auch mitgehen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Leonie Bolz.

*Leoni Bolz (SP):* Kurzstreckenflüge, die problemlos durch Zugverbindungen ersetzt werden können, sollten aus meiner Sicht verboten werden. Die vorgelegte Standesinitiative fordert lediglich eine Lenkungsabgabe für Kurzstreckenflüge. Diese Massnahme stellt ein vergleichsweise mildes Steuerungsinstrument dar, das darauf abzielt, den Flugverkehr auf klimafreundlichere Verkehrsträger zu lenken und dies verursachergerecht. Ein Bekannter hat mir erst kürzlich berichtet, dass er aus Kostenoptimierungsgründen nach Milano geflogen sei, um da mit dem Flugzeug zurück nach Zürich zu fliegen, um dort dann den eigentlich beabsichtigten Langstreckenflug anzutreten, da dieses Angebot insgesamt weit günstiger war als den Langstreckenflug direkt in Zürich anzutreten. Dass das System dies überhaupt ermöglicht ist, entschuldigen Sie den Ausdruck, hirnrissig.

Angesichts der Dringlichkeit, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss deutlich zu senken, um den Klimawandel zu bekämpfen, ist es erschreckend, dass nicht alle Parteien diese Initiative unterstützen. Die Erderwärmung schreitet rapide voran und der Verkehrssektor zählt zu den wesentlichen Verursachern klimaschädlicher Emissionen, insbesondere die Luftfahrt. Laut dem Weltklimarat ist die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen in sämtlichen Sektoren unerlässlich, um die Klimaziele von Paris zu erreichen. Hierzu könnten vor allem innerstaatlich und grenznahe Kurzstreckenflüge, die auch bequem und klimafreundlicher mit der Bahn erreichbar sind, einen relevanten Beitrag leisten.

Zudem ist der Rückgang des Fluglärms ein weiterer entscheidender Vorteil einer solchen Massnahme. Gerade bei uns in Basel, wo es sehr viele Kurzstreckenflüge gibt, ist dies ein wichtiger positiver Aspekt, der die Lebensqualität hier vor Ort verbessern könnte. Ich bin nicht einverstanden mit Lorenz Amiet bezüglich der Zubringerflieger. Auch ein Zubringerflug kann zu spät kommen, und ich kann es aus eigener Erfahrung sagen, ich bin auch schon mit dem Zug zum Flughafen nach Zürich oder von Paris zurückgekommen, wenn ich dann fliege, was ich vermeide, und das hat wunderbar geklappt.

Ein anderer Aspekt, den ich aber auch betonen möchte, sind die privaten Fliege, die sollten nämlich auch stärker in den Blick genommen werden. Privatjets sind oft besonders klimaschädlich, da sie pro Passagier erheblich mehr Treibstoff verbrauchen als kommerzielle Linienfliege. Die Sinnhaftigkeit solcher Flüge ist vor dem Hintergrund des CO<sub>2</sub>-Ausstoss ebenfalls kritisch zu hinterfragen. Auch die Einführung einer Kerosinsteuer wäre zentral. Doch zumindest die vorgeschlagene Lenkungsabgabe stellt ein Minimum an notwendiger Klimapolitik da. Andere Länder haben erfolgreich gezeigt, dass eine solche Abgabe umsetzbar ist. Aus Basel muss also ein klares Signal mit einer klaren Aufforderung an Bern gesendet werden. Daher bitte ich Sie, diese Standesinitiative zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es haben sich keine weiteren Einzelsprechenden gemeldet. Damit geht das Wort an Tobias Christ.

*Tobias Christ (GLP):* Ich danke meinen Vorrednern, die thematisch das meiste schon dargelegt haben. Ich kann deshalb mit einer Frage starten: Wie wollen Sie die Klimaziele erreichen? Die Frage geht natürlich vor allem auch an die bürgerlichen Parteien. Wie wollen Sie das erreichen? Ich lasse mir gerne Kritik gefallen mit dem Bild des Eigentors. Natürlich, diese Probleme, die Lorenz Amiet angesprochen hat, will ich nicht wegreden, teilweise hat Raphael Fuhrer darauf schon geantwortet. Was die Problematik betrifft mit dem Ausweichen auf französisches Recht kann ich noch hinzufügen, das ist nicht das Ende der Geschichte. Wir alle wissen, wenn wir diese Standesinitiative einreichen, fliesst noch viel Wasser den Rhein hinunter, bis dann in Bern etwas geht. Es geht wirklich darum, dass steter Tropfen den Stein höhlt, dass wir hier ein



Zeichen setzen aus der Region, das in die richtige Richtung geht. Und bis dahin wird sich auch in Europa einiges bewegen. Es geht hier um grundsätzlich ein Zeichen, welchen Weg wir beschreiten wollen, um diese Problematik anzugehen.

Zugegebenermassen ist der Fluglärm nur der Aufhänger von diesem Antrag. Wir alle wissen, um den Fluglärm zu reduzieren, gäbe es auch andere Möglichkeiten, aber das ist schwierig und wir wissen auch, dass die Regierung macht, was sie machen kann. Da sind viele Bemühungen im Gange. Aber das ist nicht so einfach. Das einzige, was wir wirklich machen können auf grundsätzlicher Ebene ist unnötige Flüge zu reduzieren. Wie erreichen wir das? Entweder mit Verboten, vereinfacht gesagt oder aber mit Lenkungsabgaben. Und Lenkungsabgaben, das wissen auch. Sie, sind grundsätzlich ein sinnvolles Instrument. Damit Sie wirken, müssen sie schmerzhaft sein. Und da kann ich bei Lorenz Amiets Kritik anhängen. Wir wollen genau, dass es schmerzhafter wird, einen Anschlussflug zu nehmen. Man soll eben einen Anreiz haben, dass man direkt an den nächsten Flughafen geht, dass man eben von Zürich aus in die USA fliegt und nicht von Paris Charles-de-Gaulle aus, wenn das dort zu schwierig ist. Wir wollen eben auch, dass es dazukommt, dass die Fluggesellschaften dafür sorgen, dass man mit dem Zug anreisen kann, um einen Flug zu erwischen.

Das ist alles möglich, das sind alles langfristige Sachen, aber da wollen wir hin und dazu braucht es eben eine Lenkungsabgabe, die durchaus eben auch schmerzhaft ist. Denn die Alternative, und das wollen wir als GLP insbesondere nicht, ist, dass Flüge verboten werden. Wir wollen nicht, dass wir in Basel eine Politik machen, langfristig, die den Euroairport abwürgt und ihm die wirtschaftliche Grundlage entzieht. Das wollen wir vermeiden. Deshalb ist es wichtig, dass wir aus Basel heraus hier das richtige Signal setzen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Hingegen haben Lorenz Amiet und weitere diese Überweisung bestritten. Wir stimmen ab.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**52 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0004994, 20.11.24 11:47:15]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Antrag auf eine Standesinitiative dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Antrag wird überwiesen mit 52 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

### **61. Motion 1 Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen**

[20.11.24 11:47:30, 24.5277.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir eröffnen dazu die Debatte. Ich bitte Sie, sich als Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher anzumelden, wenn Sie das Wort wünschen. Das Wort geht an Catherine Alioth.

*Catherine Alioth (LDP):* Ich spreche hier auch für die SVP-Fraktion. Auch wenn die Altersgrenze von 25 Jahren heute dazu führt, dass nicht alle Jugendlichen Ausbildungszulagen erhalten, erachten wir eine Anpassung als nicht notwendig. Studierende, die nicht genug Geld haben, können beim Kanton und/oder beim Bund-Stipendien und Darlehen beantragen.



Dennoch empfindet ein nicht unbedeutender Teil der Studierenden, die Ausbildungsbeiträge erhalten, ihre finanzielle Situation als schwierig. Allerdings sind viele Studierende ab 26 Jahren in der Lage, ihre Ausgaben durch eigene Erwerbstätigkeit zu decken. Eine Erhöhung der Altersgrenze würde viele Studierende begünstigen, ohne diese effektiv zu benötigen. Ausserdem halten wir die Anhebung der Altersgrenze auch aus dem Grund nicht für zielführend, weil sie frustrierend sein kann, da es immer Personen geben wird, die diese Grenze um ein halbes Jahr verfehlen. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es wichtig, dass Studierende so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt einsteigen.

Hinzu kommt, dass mit der Ausweitung der Zulage auf 26- und 27-Jährige eine zusätzliche kantonale Regelung geschaffen werden muss, wie die Motionäre selbst festzustellen. Das lehnen wir ab, auch vor dem Hintergrund des bürokratischen Aufwands für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und die Ausgleichskasse sowie der damit anfallenden Kosten, die unseres Erachtens in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen stehen.

Aus diesen Gründen sehen wir keine Notwendigkeit für diese Motion, unterstützen sie nicht und empfehlen Ihnen, diese nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Sasha Mazzotti.

*Sasha Mazzotti (SP):* Stellen Sie sich unser Schul- und Ausbildungsleben als einen Baum vor. Die Wurzeln sind der Kindergarten und die Primarschul Stamm ist dann die Sek 1 und dann beginnt die Verzweigung, eine Lehre, eine weiterführende Schule, das 10. Schuljahr. Fertig ist der Baum aber noch nicht. Weitere Äste müssen wachsen können. Ein Studium, eine späte Lehre trotz Matur, Zivildienst Militär oder auch ein Zwischenjahr gehören für mich zu den Ästen.

Junge Menschen lernen ja auch Brauchbares nicht einfach nur in einer Ausbildung, sondern auch mit dieser praktischen Arbeit. Und Äste, meine Damen und Herren, sind ja nicht so geradlinig, sondern sind kurvig, verzweigt und verdreht, und wir wissen ja das nicht im Vorhinein, wie die wachsen werden. und es wird viele Zweige brauchen und es muss auch welche geben.

Ich gehe also davon aus, dass wir alle wissen, dass der Beruf nicht geradlinig ist, wie man den lernt und welchen man lernt, und ich gebe auch davon aus, dass wir uns einig sind, dass es wichtig ist, dass der Baum weiterwachsen kann und sich verzweigen kann. Die Frage ist, ich habe es gerade gehört. natürlich einerseits die Finanzierung, der Arbeitsmarkt und so weiter. Ich bitte Sie trotzdem im Sinne eines blühenden Baumes in unserem Kanton die Motion zu unterstützen. Christine Keller wird bestimmt auf die inhaltlichen Sachen noch mehr eingehen. Mit dieser kleinen Anpassung von ein maximal zwei Jahren länger Ausbildungszulage zu zahlen, können wir dafür sorgen, dass es möglich ist, Weiterbildungen, Zusatzausbildungen oder Zweitausbildungen zu gewährleisten.

Der Text der Motion sagt eigentlich alles. Ich danke Ihnen im Namen der SP für die Unterstützung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Heidi-Mück.

*Heidi Mück (GAB):* Leider kann ich keine so poetische Performance hinlegen wie meine Vorrednerin. Das GAB möchte diese Motion einfach überweisen, weil sie ein aktuelles Problem aufgreift und eine konkrete Lösung vorschlägt. Ich kenne die Situation aus eigener Erfahrung, nicht alle meine Kinder haben ihre Ausbildung mit 25 Jahren abgeschlossen. Einer hat zum Beispiel ein Studienfach gewählt, bei dem der Bachelorabschluss eigentlich kaum zu gebrauchen ist und das Masterstudium deshalb fast zwingend war. Ein Masterabschluss vor dem 25. Geburtstag war schon allein aufgrund des Zivildienstes, der ja auch noch geleistet werden musste, illusorisch. Es gibt aber auch zahlreiche andere Gründe, warum ein junger Mensch sein Studium nicht in einem Zug und dann auch noch im Schnellzugtempo durchziehen kann.

Als ich persönlich die Mitteilung der Ausgleichskasse bekam, dass die Zahlung Ende des Monats, in dem der 25. Geburtstag ist, nicht mehr nicht mehr überwiesen wird, musste ich zuerst schon einmal leer schlucken, obwohl ich wusste, dass das kommt. Es macht wirklich einen Unterschied aus im Familienbudget, ob die 325 Franken Ausbildungszulage pro Monat überwiesen werden oder nicht. Und ich weiss, dass ich da nicht die einzige bin, die die so erlebt hat. Es gibt einige Familien, die in derselben Situation sind, weil ihre Kinder länger brauchen, um ihre Ausbildung abzuschliessen und finanziell unabhängig zu werden.

Wenn das Maximalalter jetzt schon nur um ein oder zwei Jahre erhöht würden, dann würde das die Situation in Zukunft entschärfen. Ich selber werde ja nicht mehr in den Genuss kommen, aber ich bitte Sie trotzdem, diese Motion zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit geht das Wort an Bruno Lötscher.



*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Sie hören, meine Stimme ist immer noch nicht ausgeheilt, aber ich hoffe, sie kommt trotzdem bei Ihnen an, vor allem inhaltlich.

Welch interessante Vorlage haben wir heute? Ich muss Ihnen sagen, ich bin kein Freund von beliebigem Ausbau von Sozialleistungen, aber hier hat Christine Keller einen Nerv getroffen, der eigentlich präziser nicht angezielt werden könnte. Wir alle reden davon und sind dafür, dass Ausbildungswege verkürzt werden, dass die Leute schneller in den Arbeitsprozess kommen. Seit ich das verfolge, machen wir aber das Gegenteil. Systematisch verlängern wir die Ausbildungswege eigentlich wo wir können, aber immer positiv gedacht, aber vom Resultat her führt es dazu, dass Ausbildungsgänge ständig länger werden.

Beispiel 1: HarmoS, die Schulharmonisierung, wir haben das alle gewollt. Was hat das für eine für eine Auswirkung? Wir haben heute ein Jahr Schule länger in Basel, das heisst, man kommt ein Jahr später an die Uni. Dann Einführung des Bologna-Systems, ein grossartiges System europaweit, alles macht da mit, auch wir selbstverständlich. Ziel: Verkürzung der Ausbildung. Was ist geschehen? Die Ausbildungszeit hat sich massiv verlängert. Niemand hört auf mit dem Bachelor, den man jetzt frühestens nach drei Jahren erzielt, sondern man muss den Master-Anhängen. Statt vier Jahre ist jedes Studium nun mindestens fünf Jahre lang.

Dann ermöglichen wir die Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem. Ja, das ist hervorragend, das ist richtig und wichtig und gut, aber was hat das zur Folge? Man ist länger in der Ausbildung und schliesslich und das stimmt auch, ist vor allem kurz angetönt worden, für die jungen Männer kommt natürlich dazu, dass sie genau in dieser Phase etwa ein Jahr im Militärdienst sind. Vor allem wenn sie noch weitermachen kann das mehr als ein Jahr dauern.

Also wir wollen, dass die Leute schneller in die Arbeitswelt kommen. Wir machen systematisch aber alles so, dass es länger geht. Nur ändern wird das System mit den Ausbildungszulagen nicht. Und das ist natürlich falsch und verheerend für die betroffenen jungen Menschen.

Wenn wir die Durchschnittszahlen anschauen, aus der Schweiz und vom Bundesamt für Statistik erhoben, wissen Sie, wie lange es im Durchschnitt geht, bis man zum Bachelor kommt in der Schweiz? An der Uni macht man im Schnitt den Bachelor mit 24,5 Jahren und den Master mit 27,2 Jahren. An der Fachhochschule, wo wir uns das ja auch wünschen, macht man den Bachelor mit 26,6 Jahren und den Master mit 30 Jahren.

Jetzt habe ich vorhin gehört, das ist ja wieder willkürlich, wenn man da um ein oder zwei Jahre nur erhöht. Das stimmt, man kann nicht beliebig erhöhen, aber es ist ein Weg in eine Richtung, die wir selber systematisch so gemacht haben, insbesondere mit dem Bologna System und insbesondere mit HarmoS haben wir die Ausbildungsgänge um zwei Jahre verlängert und es ist nur folgerichtig und konsequent, wenn wir nach hinten halt auch die Ausbildungszulagen um maximal zwei Jahre verlängern.

Deshalb muss ich Ihnen sagen, aus bildungspolitischer Sicht finde ich das absolut notwendig und sinnvoll und richtig und wichtig und ich bitte Sie als Einzelsprecher, aber ich darf im Namen der grünliberalen Fraktion und im Namen der Fraktion Mitte/EVP sprechen, ich bitte Sie, diese Motion zu unterstützen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* An dieser Stelle unterbreche ich die Sitzung. Wir fahren um 15 Uhr fort mit diesem Traktandum und Regierungsrat Kaspar Sutter als nächstem Sprecher.

## **Schluss der 37. Sitzung**

11:59 Uhr